

# LANDTAG INTERN

Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen · Ausgabe 8 · 41. Jahrgang · 15. Wahlperiode · 29.9.2010

## Großer Bogen

S. 3-5

## Schnittmengen

S. 7

## Kleiner Kreis

S. 10-15

## Fragerunde

S. 19

Wohin die Reise unter der Minderheitsregierung von Hannelore Kraft gehen soll, erläuterte die neue Ministerpräsidentin dem Landesparlament und lud zur Zusammenarbeit ein. Zu- und Widerspruch aus den Fraktionen.

Fast ein Viertel der Menschen in Nordrhein-Westfalen hat eine Zuwanderungsgeschichte. Die Landtagsfraktionen wollen gemeinsam und im Konsens am Thema Integration arbeiten, ihr Zugang ist dabei unterschiedlich.

Die Detailarbeit an Themen erfolgt nicht im Plenum, sondern in den Ausschüssen des Landtags. Hier tagen die fachkundigen Abgeordneten der Fraktionen. Eine Übersicht über die Fachausschüsse dieser Wahlperiode.

Im Innenausschuss des Landtags stellte sich Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland den Fragen der Abgeordneten. Wie konnte es zur Katastrophe bei der Loveparade kommen? Welche Verantwortung trägt die Stadt?



## Kompass für die Zukunft

### Wohin steuert die Regierung?

# Weichenstellungen

„Es muss das Herz bei jedem Lebensrufe bereit zum Abschied sein und Neubeginne“, schrieb einst Hermann Hesse. In der parlamentarischen Demokratie sind Abschied und Neubeginn zum Ende und Anfang einer Legislaturperiode vorprogrammiert. Und doch: Was sich in der Politik, ihrer Art, ihren Abläufen, vor allem aber ihren Inhalten wirklich verändern soll, wird bei der ersten Regierungserklärung einer neuen Regierung deutlich. Sie gibt die Ziele vor, die man sich steckt, definiert die Mittel, mit denen diese erreicht werden sollen, setzt Prioritäten und beschreibt den Weg, den die neue Mehrheit nehmen will.

Genau hier weicht die aktuelle Lage in NRW vom bisher gewohnten Zustand ab. Die neue Landesregierung hat keine Mehrheit, ist also zur Durchsetzung ihrer Vorhaben auf Stimmen anderer Fraktionen angewiesen. Vor diesem Hintergrund betonte Hannelore Kraft als neue Regierungschefin, man verstehe sich als „Koalition der Einladung“, die um Anerkennung und Zustimmung werben wolle (Seite 3).

## IM ZENTRUM DES GESCHEHENS

Somit zeigte die Debatte über das Programm der neuen Landesregierung (Seite 4/5) vor allem eins: Das Landesparlament rückt noch stärker

ins Zentrum des Geschehens. Es ist der Ort der politischen Auseinandersetzung, aber auch der Entscheidungsfindung. Die geänderte Rolle des Parlaments sei auch eine Chance, Politikverdrossenheit zu überwinden, betonten denn auch Sprecher verschiedener Couleur. Dies bedeutet für sie die Herausforderung zu größerer Flexibilität, Kompromissbereitschaft und noch detaillierterer inhaltlicher Arbeit. Ihre Aufgabe liegt verstärkt in der Suche nach Gemeinsamkeiten und Konsens, ohne freilich die Darstellung unterschiedlicher Positionen zu vernachlässigen.

Es ergeben sich neue, ungewohnte Konstellationen: Dies zeigt sich schon, als direkt nach Krafts Rede die rot-grünen Regierungsfaktionen gemeinsam mit der CDU einen Antrag zur Sicherung des Kohlekompromisses verabschieden. FDP und Linke votieren – aus unterschiedlichen Gründen – dagegen. Auch in der Integrationspolitik scheint es mehr Gemeinsames als Trennendes zu geben, dies machen die Antworten der Fraktionsvorsitzenden in der Rubrik „Schlag auf Schlag“ (Seite 16/17) deutlich. Spannende Fragen bleiben, insbesondere im Bereich Schule und Bildung. Die zuständige Ministerin hat zu einer „großen Bildungskonferenz“ eingeladen, und alle Fraktionen haben zugesagt.

Bei diesem wie allen anderen Themen dieser Legislaturperiode wird sich der Landtag als Ort lebendiger Demokratie erweisen, in dem über die Zukunft Nordrhein-Westfalens gerungen – und entschieden wird. *cw*



### Schwerpunkt: Kompass für die Zukunft

|  |       |
|--|-------|
| „Politik als Einladung“ .....            | 3     |
| Aussprache zur Regierungserklärung ..... | 4-5   |
| Schlag auf Schlag .....                  | 16-17 |

### Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, -2545, -2304, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

## Inhalt

### Aus dem Plenum:

|   |       |
|---|-------|
| Atomenergie: Kern des Konflikts .....   | 6     |
| Integration: Chancen fürs Miteinander .....   | 7     |
| Hochschule: Das Ende der Studiengebühren? .....                                     | 8     |
| Bergbau: EU kontra Kohlekompromiss .....  | 9     |
| Überblick: Die Mitglieder der Landesregierung,<br>die Ausschüsse des Landtags ..... | 10-15 |

### Aus den Ausschüssen:

|   |    |
|---|----|
| Bildung: Generaldebatte über Schulstruktur .... | 18 |
| Loveparade: Wer trägt Verantwortung? .....      | 19 |

### Aus den Fraktionen .....

|                         |    |
|-------------------------|----|
| NRW-Tag in Siegen ..... | 22 |
|-------------------------|----|

|   |    |
|---|----|
| Porträt: Ministerpräsidentin<br>Hannelore Kraft (SPD) ..... | 23 |
|---|----|

|                 |    |
|-----------------|----|
| Impressum ..... | 23 |
|-----------------|----|

|               |    |
|---------------|----|
| Termine ..... | 24 |
|---------------|----|

## „Politik als Einladung“

### Erste Regierungserklärung: Ministerpräsidentin erläutert ihre Pläne

**15. September 2010 –** Einen „neuen Stil des Regierens“ kündigte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft in ihrer Regierungserklärung an. Zum ersten Mal habe NRW eine Minderheitsregierung; dies sei Herausforderung für Regierung und Opposition gleichermaßen: „Beide haben die Chance, bei den Bürgerinnen und Bürgern Respekt, Anerkennung und Zustimmung zu erwerben, wenn sie mit dieser Situation verantwortungsvoll umgehen.“

Das Prinzip der Vorbeugung zog sich durch die Rede von Hannelore Kraft.

Wenn man heute investiere, spare man spätere Mehrausgaben oder könne sogar mit zusätzlichen Einnahmen rechnen.

Dieses Prinzip übertrug die Ministerpräsidentin auf die Bildungs- und Familienpolitik, auf die Finanz-, die Wirtschafts- und Umweltpolitik und auch auf die Arbeits-, Gesundheits- und Integrationspolitik.

Konkret erklärte Kraft, man wolle erstens „kein Kind zurücklassen“ und in den nächsten zehn Jahren die Zahl der Jugendlichen ohne Schulabschluss halbieren. Zweitens solle NRW zum „Vorreiter der ökologisch industriellen Revolution“ werden. Eine Politik der „guten Arbeit“, ausgedrückt durch das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ und einen Frauenanteil von mindestens 40 Prozent in Leitungsgremien von Landesgesellschaften, stellte Kraft als dritte Handlungsmaxime vor. Viertens wolle man bei einer Mobilitätskonferenz Lösungen für die Zukunft erarbeiten. Fünftes Ziel solle die Wertschätzung des Ehrenamts sein, denn Ehrenamtliche seien „die wahren Vorbilder unserer Zeit“.

Kraft kündigte an, das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen und die Studiengebühren abzuschaffen, denn für die Zukunft des Wirtschaftsstandorts NRW sei es entscheidend, mehr junge Menschen zu besseren Abschlüssen zu führen. Die Regierungschefin warb außerdem dafür, den „Schulfrieden“ zu wahren und einen „Bildungskonsens“ zu finden. Die Landesregierung strebe an, überall im Land Gemeinschaftsschulen möglich zu machen sowie die Ganztagsbetreuung auszubauen.

Zur Stärkung der sozialen Ausgestaltung der Arbeitswelt sowie des Zusammenhalts der Gesellschaft wolle die Regierung das Landespersonalvertretungsgesetz überarbeiten, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn anstreben und ein Tarifreuegesetz vorlegen. Für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender wolle man die vollständige Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe erreichen. Ein „Landespflegegesetz“ solle die Situation pflegebedürftiger Menschen verbessern. Für Bürgerinnen und Bürger, die nicht aus einem Land der EU stammen, wolle man sich für ein kommunales Wahlrecht einsetzen.

Die Kommunen beschrieb Kraft nicht als „Bittsteller“, sondern als Partner auf gleicher Augenhöhe. Mit dem Ziel, sie finanziell zu entlasten, müsse es fairere Regeln auf Bundes- wie auf Landesebene geben, kündigte Kraft Sofortmaßnahmen bezüglich der Grunderwerbssteuer, der Einheitslasten oder der Kita-Finanzierung an. Ein „Stärkungspakt Städtefinanzen“ solle insbesondere den Kommunen mit strukturellen Problemen helfen.

„Auch diese Landesregierung verpflichtet sich ausdrücklich den finanziellen Zielen der Haushaltskonsolidierung und des Schuldenabbaus“, erklärte die Regierungschefin. Die Politik des Rotstifts bringe allerdings bestenfalls kurzfristige Entlastungen, andererseits aber einen Anstieg der langfristigen sozialen Kosten. Deshalb müsse jetzt – zur Not mit höherer Verschuldung – vor allem in Bildung investiert werden, um später ein höheres Wirtschaftswachstum und Steueraufkommen zu erreichen.

Eine Umweltwirtschaftsstrategie kündigte die Ministerpräsidentin an, um NRW zu einem modernen Industrie- und Dienstleistungsstandort zu machen. Kraft versprach, eine regionale Energie- und Strukturpolitik zu entwickeln und den Aufbau dezentraler Versorgungsstrukturen durch die Stadtwerke zu stärken. Bei Klimaschutz, Energieeinspartechnologien und erneuerbaren Energien solle NRW Vorreiter werden und sich für eine internationale Weltausstellung „Expo Fortschrittsmotor Klimaschutz“ bewerben. Gleichzeitig betonte die Regierungschefin, sie wolle am Kohlekompromiss ohne Abstriche festhalten.

Der geplanten Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke werde die neue Landesregierung nicht zustimmen, positionierte sich Kraft gegen die Bundesregierung. Sollte der Bundesrat zum Atomgesetz nicht gefragt werden, wolle man gegen dieses Vorgehen der Nichtbeteiligung klagen.

Mit Blick auf die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen kündigte die Ministerpräsidentin eine Novellierung des Landschaftsgesetzes und zur Umsetzung des Staatsziels Tierschutz die Einführung eines Verbandsklagerechts für anerkannte Tierschutzverbände an.

*cw, sow, sw, bra*

# Knackpunkte: Finanzen, Bildung, Industrie

## Aussprache über Regierungserklärung zeigt Gegensätze, aber auch Gemeinsamkeiten

16. September 2010 – Auf die Regierungserklärung (siehe Seite 3) von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) antworteten am Folgetag die politischen Spitzen der fünf Landtagsfraktionen. In der Aussprache bezogen die Fraktionsvorsitzenden Stellung zu den politischen Plänen der rot-grünen Minderheitsregierung.

„Ihrer Regierungserklärung fehlt die Substanz“, antwortete der **CDU-Fraktionsvorsitzende Karl-Josef Laumann** auf Ministerpräsidentin Kraft. NRW stehe vor großen Herausforderungen, habe aber keine starke Landesregierung. Es gelte, die Schulden aus der Weltwirtschaftskrise zurückzufahren, den demographischen Wandel zu meistern, den Übergang von der Industrie- zur Wissensgesellschaft weiter zu gestalten, NRW zum ökologischen Industrieland zu wandeln und den Kommunen wieder finanziellen Gestaltungsspielraum zu geben. Er kritisierte unter anderem, dass die Regierung bisher keine konkreten Einsparvorschläge zur Konsolidierung der Landesfinanzen vorgelegt habe. Die Pläne für eine „Einheitsschule“ könne die CDU nicht unterstützen und sei nicht bereit, „das vielfältige Schulsystem zum Abschluss freizugeben“. Der Ministerpräsidentin hielt Laumann vor, zur Zukunft des Kraftwerksbaus in Datteln zu schweigen. Die Sorge in der CDU-Fraktion sei groß, „dass Datteln zum Symbol einer verhängnisvollen Industrie- und Wirtschaftspolitik“ werde. Erschreckend sei für ihn die Finanzpolitik von Rot-Grün: Die Regierung wolle „die Nettoneuverschuldung auf 8,9 Milliarden Euro um über 36 Prozent erhöhen“. Es sei dringend notwendig, auch die Probleme der Kommunalfinanzen vor allem strukturell zu lösen. Zudem fürchtete Laumann, dass unter Rot-Grün „Wirtschaft und Soziales wieder gegeneinander ausgespielt werden“ und der Zusammenhalt in NRW gefährdet werde. Dennoch lud Laumann zu gemeinsamem Handeln ein. Er sah es als notwendig an, vor allem in der Behindertenpolitik, im Maßregelvollzug und in der Integrationspolitik auf gemeinsame Positionen zu setzen. Der Landesregierung wünschte er abschließend „eine glückliche Hand für schwere Aufgaben“ – und eine nicht allzu lange Regierungszeit.

**Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Fraktion**, war mit der Rede seines Vorgängers nicht zufrieden. Ohne Alternativen zu nennen, sei Laumann in alte Rituale zurückgefallen. Dabei biete die Minderheitsregierung durchaus Chancen für eine neue politische Kultur. Einer kritischen Rückschau auf die vergangene Legislaturperiode unter CDU und FDP stellte Römer seine Zuversicht hinsichtlich einer kompromissbereiten und handlungsfähigen Landesregierung unter Hannelore Kraft gegenüber. Diese werde den

Menschen in den Mittelpunkt stellen und die anderen Fraktionen wie auch gesellschaftliche Gruppen immer wieder einladen, gemeinsam Lösungen zu finden. Kompromissmöglichkeiten sah der SPD-Sprecher etwa in der Steinkohlepolitik, aber auch in der Arbeits- und Bildungspolitik. „Wir sind weit weg von einem sozial gerechten Schulsystem, das alle Talente nutzt, das die Verschiedenheit schätzt, Leistung fördert und kein Kind zurücklässt“, erklärte er. Wichtig sei, Reformen mit den Beteiligten gemeinsam vorzubereiten. Römer kündigte zudem an, SPD und Grüne wollten die Wirtschaft stärken und zugleich wirksamen Klima- und Umweltschutz sicherstellen. Als weiteren politischen Schwerpunkt kündigte der SPD-Fraktionschef an, die

rinnen und Bürger durch Bildung unabhängig von staatlichen Almosen werden lasse.

Diese Regierung werde nicht mit Arroganz, aber mit Selbstbewusstsein an die Arbeit gehen und bei anderen Fraktionen um Unterstützung werben, kündigte **Grünen-Fraktionschef Reiner Priggen** an. Vor diesem Hintergrund begrüßte er das Angebot des CDU-Fraktionsvorsitzenden, die Themen Maßregelvollzug, Behindertenpolitik und Integration über Fraktionsgrenzen hinweg gemeinsam zu behandeln. In der Bildungspolitik dagegen hielt Priggen der CDU vor, an den Interessen der Menschen vorbei gehandelt zu haben. Man müsse angesichts des demographischen Wandels bereit sein, Gemeinschaftsschu-



Karl-Josef Laumann (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Handlungsfähigkeit der Kommunen zu stärken. Dazu gehöre eine Finanzausstattung, die den kommunalen Aufgaben folgen müsse. Auch die Integrationspolitik sprach Römer an und plädierte wie sein Vorredner dafür, dieses Politikfeld im Konsens zu gestalten. Allerdings müssten Arbeit, Soziales und Integration zusammen gedacht werden, empfahl er. Die angekündigten neuen Schulden der rot-grünen Landesregierung verteidigte Römer mit dem Hinweis auf den vorsorgenden Sozialstaat, der seine Bürger-

len einzurichten und generell im Schulwesen den Kommunen gewisse Freiheiten einzuräumen. Wichtig sei angesichts eines beginnenden Fachkräftemangels, die richtigen Wege für mehr und besser qualifizierte Jugendliche zu finden. Die Grünen wollten keine Schulform zerstören, aber sie respektierten den Elternwillen, erklärte Priggen und forderte eine Debatte „ohne Scheuklappen“. Mit Blick auf den Industriestandort NRW unterstrich er die Notwendigkeit einer ökologischen industriellen Revolution

und eines deutlich niedrigeren CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Konkret forderte der Grünen-Politiker, die Stromerzeugung dezentraler zu gestalten, die Nutzung erneuerbarer Energien sowie der Kraft-Wärme-Kopplung auszubauen und verstärkt im Bereich der Gebäudesanierung zu investieren. Es sei auch wirtschaftspolitisch falsch, wenn die Bundesregierung hier kürzen wolle – zu einem Zeitpunkt, zu dem das Konjunkturpaket auslaufe. Notwendig sei des Weiteren, sich den Umwälzungen im Bereich der Automobiltechnik zu stellen, die sich beispielsweise aus der Elektromobilität ergäben. In der Verkehrspolitik trat Priggen für Verbesserungen an den Bahn-Knotenpunkten Köln, Dortmund und Hamm sowie generell im öffentlichen Nahverkehr ein.

„Man muss den Eindruck gewinnen, dass Sie gar keinen Zukunftsplan für Nordrhein-Westfalen haben“, erklärte der **FDP-Fraktionsvorsitzende Dr. Gerhard Papke** zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin. Die rot-grüne Regierungsp-

Abschaffung der Studiengebühren. Diese seien sozialverträglich ausgestaltet und hätten die Qualität der Lehre erheblich verbessert. Papke kritisierte, erfolgreiche Projekte der früheren Landesregierung sollten aus rein ideologischen Gründen zurückgedreht werden. Mit einer „Bankrotterklärung“ starte die Regierung in die Haushalts- und Finanzpolitik. Die geplante Erhöhung der Neuverschuldung um 2,3 Milliarden Euro sei ein „Offenbarungseid“. Kraft werde beweisen müssen, dass sie in der Lage sei, der Verantwortung für das wichtigste Industrieland gerecht zu werden. Der Ruf NRWs sei dauerhaft beschädigt, wenn der Bau des „modernsten Steinkohlekraftwerks der Welt“ in Datteln zur Investitionsruine werde. Kraft habe in ihrer Erklärung zudem keine Antwort auf die Frage gegeben, ob sie die Schulvielfalt erhalten wolle. Die FDP wolle keinen „Schulkrieg“, aber funktionierende Realschulen und Gymnasien dürften nicht infrage gestellt werden. Papke forderte die Ministerpräsidentin auf: „Sie müssen

ersten NRW-Ministerpräsidentin nicht möglich gewesen, erinnerte Beuermann. Sie hoffe zwar auf einen neuen Regierungsstil als „echte Chance“ für die Menschen in NRW, könne aber bisher weder etwas von einer „tatsächlichen politischen Wende“ noch von einer Ankunft im Fünf-Parteien-System spüren. Beuermann warnte Kraft deshalb davor, „unstete Kompromisse in dringenden Fragen“ einzugehen. Während die Linken-Fraktionsvorsitzende das Regierungsziel, Steuergerechtigkeit zu erreichen, unterstützte, kritisierte sie Rot-Grün für eine zögerliche Haltung, die eine möglichst schnelle Abschaffung der Studiengebühren verhindere. Das dreigliedrige Schulsystem sei antiquiert und ungerecht und gehöre abgeschafft. Allerdings sei die geplante Gemeinschaftsschule kein Ersatz für die Forderung nach einem Ausbau der stark nachgefragten Gesamtschulen. Beuermann forderte außerdem, die Grundschulbezirke wieder einzuführen und die Kopfnoten abzuschaffen. Darüber hinaus kritisierte sie das



Fotos: Schälte

Reiner Priggen (Grüne)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

Bärbel Beuermann (Linke)

litik werde dem Land großen Schaden zufügen. Kraft sei mit einem „schlimmen Wählerbetrug“, mithilfe einer Tolerierung durch die Linksfraktion, ins Amt gekommen. Die „Koalition der Einladung“ von SPD und Grünen sei nicht ernst gemeint, was ein Blick auf die mangelnde politische Unterstützung für den Mittelstand zeige. Das „erfolgreiche“ ordnungspolitische Prinzip der FDP „Privat vor Staat“ solle nun in „Staat vor Privat“ umgedreht werden. Dabei mache die FDP nicht mit, ebenso wenig bei der

in Zukunft im Regierungshandeln konkreter werden.“

„Der 9. Mai hat den Menschen in NRW den von uns geforderten Regierungswechsel gebracht“, begann **Linken-Fraktionschefin Bärbel Beuermann** ihre Rede. Allerdings habe Hannelore Kraft vergessen, auf eine wichtige Neuigkeit hinzuweisen: dass es nun wieder eine linke Kraft links von der SPD im Landtag gebe. Ohne die Enthaltung ihrer Fraktion wäre die Wahl Krafts zur

„Turbo-Abitur“ und forderte eine staatliche Ausbildungsgarantie. Bildung brauche gezielte Investitionen über Ankündigungspolitik hinaus. So müsse die Regierung auch zeitnah beim Kibiz nachbessern, anstatt sich Soforthilfen zu verweigern. Neben dem Thema Bildung setzte Beuermann weitere Schwerpunkte bei der Gleichberechtigung und Integrationspolitik. Sie plädierte für stärkere Integrationsräte und forderte, die „unmenschliche Abschiebep Praxis“ zu stoppen.

sw, sow, cw, bra

# Kern des Konflikts

Foto: Wuwer

## Abgeordnete streiten im Plenum über den Atombeschluss der Bundesregierung

17. September 2010 – Gut eine Woche nach dem Beschluss des Energiekonzepts in Berlin hat sich der Düsseldorfer Landtag mit dem Thema beschäftigt. In einer von SPD und Grünen (Drs.15/169) sowie von den Linken (Drs. 15/170) beantragten Aktuellen Stunde diskutierten die Abgeordneten über das Für und Wider der Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung. SPD, Grüne und Linke warfen dem Kabinett in Berlin Geheimniskrämerei vor. CDU und FDP hingegen stellten sich geschlossen hinter den Beschluss ihrer Parteifreunde.

Die Bundesregierung habe sich auf einen „schmutzigen Deal“ eingelassen, kritisierte **Thomas Eiskirch** (SPD). Die geplanten Reststrommengen zeigten, dass einzelne Atommeiler erst im Jahr 2050 abgeschaltet würden. Zudem mache Schwarz-Gelb Sicherheitsanforderungen von wirtschaftlichen Interessen abhängig. Dies wirke sich auch „massiv“ auf die Atomanlagen in Ahaus und Gronau aus. Des Weiteren seien längere Laufzeiten wettbewerbsfeindlich für die Stadtwerke, verhinderten Investitionen in neue Technologien und belasteten die Kommunen. Die Anrechnung der geplanten Brennelementesteuer auf die Gewerbesteuer bedeute für sie ein Minus von 300 Millionen Euro pro Jahr.

„Sie spielen wirtschaftliche Interessen gegen Umwelt- und Sicherheitsinteressen aus“, kritisierte auch **Hans Christian Markert** (Grüne) die Pläne der Bundesregierung. Der Atomlobby würden insgesamt elf Milliarden Euro für Nachrüstungen erlassen. Damit dürften sogar „uralte Schrottreaktoren“ bis zu 50 Jahre laufen. Gleichzeitig bremsen eine verlängerte Laufzeit die Umstellung auf erneuerbare Energien, zementiere die Macht der großen Stromkonzerne und sei angesichts der ungelösten Endlagerfrage „fatal und zukunftsvergessen“, so Markert. Seine Fraktion werde sich „mit aller Kraft“ parlamentarisch und juristisch gegen den Atombeschluss zur Wehr setzen.

Der Ausstieg aus der Kernenergie sei längst überfällig und die nun beschlossene Laufzeitverlängerung damit ein „Skandal“, betonte **Michael Aggelidis** (Linke). Denn die Technologie sei

schlichtweg nicht beherrschbar. Größtes Problem bleibe die Entsorgung des Atommülls: „Er ist nicht weg, sondern bleibt vielmehr Tausende von Jahren als höchst gefährliche Strahlenquelle vorhanden.“ Zudem sei es falsch, dass die Bundesregierung mit den Großkonzernen Abkommen schließe und „Hintertürchen“ offen lasse. Vielmehr müssten die Konzerne endlich zum Gemeineigentum werden. Nur so sei deren „demokratische Kontrolle“ durch die Menschen im Land möglich.

„Wir haben jetzt endlich ein vernünftiges Energiekonzept“, verteidigte **Lutz Lienenkämper** (CDU) den Beschluss. Es sei langfristig, seriös durchfinanziert und fördere erneuerbare Energien marktfähig. Gleichzeitig kritisierte Lienenkämper, seine Vorredner reduzierten das vorgelegte Energiekonzept auf die Atom-Laufzeitverlängerung. Die Kernenergie sei nur ein Teil des Konzepts, trage als Brückentechnologie aber entscheidend zur schrittweisen Umstellung auf erneuerbare Energien bei. Im Übrigen verhandele die aktuelle Bundesregierung im Gegensatz zu Rot-Grün nicht über die Sicherheit von Atomanlagen, sondern setze diese voraus und erhöhe die Standards.

Sichere und bezahlbare Energie sei die Grundlage für ein modernes Industrieland, so **Prof. Dr. Andreas Pinkwart** (FDP). Der Bundesregierung sei ein „großer Wurf“ gelungen, denn das Konzept schließe sämtliche Fragen von der Versorgungssicherheit über die Bezahlbarkeit bis hin zum Umweltschutz ein und ermögliche damit eine

umfassende Energiediskussion. Ganz oben stehe das Ziel, schrittweise auf überwiegend erneuerbare Energien umzustellen, womit Schwarz-Gelb an die Strategie von Rot-Grün anknüpfe. Für einen vollständigen Umbau fehlten allerdings noch weitere Netze und Speichertechnologien, sodass längere Laufzeiten für Kernkraftwerke unumgänglich seien.

Ein umfassendes Energiekonzept sei notwendig, sagte **Energie- und Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger** (SPD). Doch der Bundesregierung gehe es in erster Linie um längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, ob dies sinnvoll sei oder nicht. Es sei unglaublich, dass es eine „Geheimvereinbarung“ zwischen Bundesregierung und Betreibern gegeben habe. Zudem eigne sich die Kernenergie nicht als Brückentechnologie für einen langfristigen Umbau, da sie Investitionen in alternative Energien unattraktiv mache. Bezüglich der Durchsetzung des Konzepts kündigte Voigtsberger an: „Wir als Landesregierung werden auf jeden Fall eine Umgehung des Bundesrats nicht akzeptieren.“ *bra*

Im Rahmen der Aktuellen Stunde wurde ein Antrag der Linken-Fraktion (Drs.15/129) bei Zustimmung der Linken, Ablehnung durch CDU und FDP sowie Enthaltung von SPD und Grünen (Drs.15/142) sowie ein Entschließungsantrag von CDU und FDP (Drs.15/193) wurden federführend an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz überwiesen.

# Chancen fürs Miteinander

## An der Integrationspolitik wollen die Fraktionen gemeinsam arbeiten – das beinhaltet auch kontroverse Debatten

17. September 2010 – Auch Nordrhein-Westfalen diskutiert über Integration. Das umstrittene Buch „Deutschland schafft sich ab“ von Thilo Sarrazin hat dazu einen neuen Anstoß gegeben. Die Fraktionen von CDU und FDP haben mit dem Hinweis, NRW sei Deutschlands größtes Zuwanderungsland und trage besondere Verantwortung für gelingende Integration, die Debatte ins Parlament getragen. Einig waren sich alle Fraktionen in der hohen Relevanz, die sie dem Thema zuschrieben, und in der Auffassung, dass Integration keine Einbahnstraße sein dürfe. An der Aussprache im Landtag beteiligten sich erstmals auch neu im Parlament vertretene Abgeordnete mit Migrationshintergrund.

Die „schonungslosen“ Beschreibungen Sarrazins könnten Basis für eine öffentliche Debatte sein, was künftig besser gemacht werden müsse, schlug **Michael Solf** (CDU) vor. Problematisch sei aber, dass der Autor Ängste schüre und Nebel produziere, in dem man sich verirren könne. Die Landesregierung habe die Bedeutung der Aufgabe nicht verstanden, befürchtete Solf.

fikation zu arbeiten. Diesen Missstand könne man sich auch angesichts des Fachkräftemangels nicht leisten.

**Heike Gebhard** (SPD) hoffte, dass das Thema Integration auch dann noch im Parlament aktuell sei, wenn es in den Medien wieder abebbe. Sie zollte besonders der CDU Anerkennung, dass

auf den Fachkräftemangel an, allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt anzubieten. Auf Landesebene gelte es zudem, bei der Bildung – auch interkulturell – anzusetzen. Das angekündigte Integrationsgesetz werde außerdem einen konkreten Handlungsrahmen für die Kommunen bieten.

Vor populistischen Herangehensweisen warnte **Ali Atalan** (Linke). Die CDU Sorge sich derzeit wohl um eine neue Partei rechts von ihr, vermutete er den Grund für die beantragte Aktuelle Stunde. Vehement wandte sich der Linken-Sprecher gegen Sarrazins Ansatz, „die Gesellschaft nach dem Nützlichkeitsprinzip“ aufzuteilen und die Unnützlichen auszusortieren. Tendenzen zur Isolation sah er in einer arm machenden Wirtschaftspolitik, in einem selektiven Bildungswesen und in ausgrenzenden Strukturen in der Gesellschaft. Atalan plädierte



Fotos: Schälte

Sie behandle Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nur unter arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragestellungen. Alle hier Lebenden sollten gemeinsam das Land weiterentwickeln, forderte der CDU-Sprecher. Man müsse auch da handeln, wo es nicht leicht falle und man einen langen Atem brauche.

Die breite Unterstützung in der Bevölkerung für Sarrazins Thesen führte **Dr. Stefan Romberg** (FDP) darauf zurück, dass dieser Probleme thematisiert habe, die viele Menschen sorgenvoll beschäftigten. Integration gelinge vor allem über Bildung und Arbeit, argumentierte der FDP-Sprecher und problematisierte den mangelnden Zugang gut ausgebildeter Menschen aus dem Ausland zum deutschen Arbeitsmarkt. Selbst ausländische akademische Abschlüsse würden hier oftmals nicht anerkannt und zwingen zugewanderte Menschen, unterhalb ihrer Quali-

diese NRW inzwischen auch als Einwanderungsland begreife. „Wenn wir Integration der Migranten und Migrantinnen einfordern, müssen wir ihnen auch die Möglichkeit zur Mitsprache am Wohnort ermöglichen“, forderte sie das Kommunalwahlrecht für Zugewanderte aus Nicht-EU-Ländern. Außerdem brauche man mehr Geld für Sprachförderung und Strukturen für individuelle Förderung in den Schulen. Integrationsverweigerungen einzelner Minderheiten dürfe man nicht pauschalisieren.

Die aktuelle Debatte in den Medien orientiere sich an Defiziten, kritisierte **Arif Ünal** (Grüne). Eine Studie aus diesem Jahre bestätige jedoch, dass die Integration besser sei als ihr Ruf. Allerdings seien solche Prozesse schwierig, langwierig und kompliziert. Daraus politisches Kapital zu schlagen, fand Ünal unerhört. Wie Romberg mahnte der Grünen-Sprecher auch mit Blick

dafür, die Lage objektiv, fair und zielorientiert, aber nicht auf dem Rücken der Betroffenen zu analysieren.

**Integrationsminister Guntram Schneider** (SPD) dankte dem CDU-Fraktionsvorsitzenden für sein Angebot der parteiübergreifenden Zusammenarbeit am Thema Integration (siehe Debatte zur Regierungserklärung, Seite 4 in dieser Ausgabe). Dazu sei die Landesregierung bereit. Er sprach sich allerdings gegen eine Debatte über die Sarrazin-Thesen aus, schließlich müsse man nicht „über jedes Stöckchen springen, das einem hingehalten wird“. Menschen mit Migrationshintergrund sah er nicht als Belastung, sondern als Bereicherung an, auch ökonomisch. Die Landesregierung wolle Kosten für unterlassene Integration verhindern und stattdessen vorbeugend investieren, dabei aber nicht Arbeit gegen Bildung ausspielen.

sow

# Das Ende der Studiengebühren?

## Vier Jahre nach Einführung will die neue Landesregierung die Beiträge wieder abschaffen

*16. September 2010 – Wer in Nordrhein-Westfalen studiert, muss dafür seit Ende 2006 an vielen Hochschulen im Land bis zu 500 Euro zahlen. Das will die rot-grüne Landesregierung nun wieder rückgängig machen. In erster Lesung diskutierten die Abgeordneten über einen entsprechenden Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 15/97). Bedingte Zustimmung kam von der Linken. Die CDU hingegen hält weiter an den von ihr mit eingeführten Studienbeiträgen fest. Ebenso die FDP, die in einem eigenen Antrag (Drs. 15/126) zudem Vorschläge macht, wie das Gebührensystem ihrer Meinung nach weiterentwickelt werden sollte.*

Die Abschaffung der Studiengebühren sei ein erster Schritt hin zu einem gerechteren Bildungssystem, warb Hochschulministerin **Svenja Schulze** (SPD) für den Gesetzentwurf. Jedes Talent im Land sei wichtig. „Sie sind der Schlüssel für die wirtschaftliche Stärke“, betonte Schulze. Gleichzeitig müssten sich die Hochschulen auf eine „zuverlässige Kompensation der Mittel“ verlassen können. Dafür sei eine Ausgleichssumme von 249 Millionen Euro pro Jahr geplant. Anders als in Hessen werde nicht an der Grundfinanzierung – drei Milliarden Euro im Jahr 2009 – gerüttelt. Ziel sei zudem ein gerechtes Verteilungssystem: „Das Geld folgt den Studierenden.“

Die geplante Kompensation reiche nicht aus, kritisiert **Marcel Hafke** (FDP) den Gesetzentwurf. Denn diese orientiere sich nicht an der jeweils realen Studierendenzahl, sondern lediglich an dem derzeitigen Ist-Zustand. „In Wirklichkeit sind die Studierenden die Verlierer Ihres Gesetzentwurfes“, warf Hafke der Regierung vor. Zudem würden die Hochschulen wieder abhängig von der „Kassenlage der Landesregierung“. Auch sei es unverantwortlich, die unvollständigen Ausgleichszahlungen mit neuen Schulden zu finanzieren. Stattdessen

müsse das Land das bestehende Gebührensystem weiterentwickeln. Dazu zähle der Ausbau des Darlehensprogramms.

„Dieser Gesetzentwurf ist sozial nicht gerecht, er steht rechtlich auf wackeligen Füßen, und er nimmt den Hochschulen Geld weg“, bemängelte auch **Dr. Michael Brinkmeier** (CDU). Würde der Entwurf tatsächlich umgesetzt, stünden am Ende mehr Schulden und weniger Bildung. Problematisch seien die ungenügenden Kompensationszahlungen insbesondere für jene Hochschulen, die bereits Studiengebühren erhoben hätten: Ihnen bleibe im Endeffekt weniger Geld. Das führe schon jetzt zu Unruhe unter den Angestellten, weil diese um ihren Job fürchteten, so Brinkmeier. Zudem belege eine empirische Untersuchung eindeutig, dass die Gebühren nicht vom Studium abschreckten.

Dies sei so nicht richtig, entgegnete **Karl Schulteis** (SPD). Tatsächlich verzichteten viele Studienberechtigte wegen der Gebühren auf eine akademische Laufbahn. „Diese Tendenz soll und wird der Gesetzentwurf und dann das beschlossene Gesetz unterbrechen“, kündigte der SPD-Sprecher an und ergänzte zur Kritik an der Verteilung der Kompensationszahlungen:

Das Land müsse schon wegen des Gleichheitsgrundsatzes alle Hochschulen, also auch jene, die bisher keine Beiträge erhoben hätten, berücksichtigen. Gleichzeitig stellte Schultheis klar, dass die genannte Höhe der Ausgleichszahlungen für die kommenden Jahre nicht der „Endzustand der Geschichte“ sei.

Sie könne zwar verstehen, dass gerade die FDP den Studiengebühren als ihrem „neoliberalen Lieblingskind“ nachtrauere, meinte **Dr. Ruth Seidl** (Grüne). Trotzdem forderte sie die Oppositionsfraktionen dazu auf, den Gesetzentwurf der rot-grünen Landesregierung zu unterstützen: „Wir werben dafür, wieder staatliche Verantwortung zu übernehmen für mehr Bildungsbeteiligung und mehr Bildungsgerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen.“ Offenbar blende die FDP die finanziellen Rahmenbedingungen eines Studiums einfach aus. Insbesondere Studierende aus der unteren und mittleren Einkommensgruppe müssten neben dem Studium arbeiten und seien dadurch zusätzlich belastet.

**Gunhild Böth** (Linke) lobte die Regierung dafür, dass diese in ihrem Entwurf das Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ eingehalten habe. Gleichzeitig kritisierte sie das Vorhaben, die Höhe der Kompensationszahlungen an die einzelnen Hochschulen jeweils an der Zahl der Regelzeitstudierenden festzumachen. „Daran muss dringend gearbeitet werden, sonst haben Sie nämlich nicht die gefördert, die Sie unbedingt fördern wollen.“ Auch dürfe das Land die Summe für die Ausgleichszahlungen nicht deckeln. Gleichzeitig knüpfte Böth die Zustimmung der Linken zum Gesetzentwurf an die Forderung, die Studiengebühren bis spätestens zum Sommersemester 2011 abzuschaffen. *bra*

Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs.15/97) sowie der Antrag der FDP (Drs. 15/126) wurden zur weiteren Beratung federführend an den Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie überwiesen.



## Drei neue Abgeordnete verpflichtet

Drei nachrückende Parlamentsmitglieder verpflichtete Landtagspräsident **Eckhard Uhlenberg** (2.v.l.) am 15. September 2010: Auf die ausgeschiedenen SPD-Abgeordneten **Gisela Walsken**, **Marc Jan Eumann** und **Dr. Gerd Bollermann** folgten **Elisabeth Veldhues**, **Renate Maria Hendricks** und **André Stinka** (v.l.).

Foto: Schälte

# EU kontra Kohlekompromiss

## CDU, SPD und Grüne stemmen sich gegen Brüssel

15. September 2010 – Brüssel hat eine Verordnung vorgelegt, die ein Ende staatlicher Beihilfen für den Steinkohlebergbau für Oktober 2014 vorsieht. Würde sie verabschiedet, wäre der deutsche Kohlekompromiss zwischen dem Bund, den Kohleländern, der RAG und der Gewerkschaft IG BCE mit seinem Ausstiegsdatum 2018 bedroht. Auch nicht ausgeschlossen: ein Aus schon im nächsten Jahr. Betroffen wären 20.000 Beschäftigte im Bergbau sowie rund 26.000 Angestellte in Zulieferbetrieben. Im Landtag stritten CDU, SPD und Grüne mit der FDP und den Linken über den besten Weg, keinen Kumpel ins Bergfreie fallen zu lassen.

Foto: Schälte

GLÜCK AUF ARBEITSAMT

Als „historisch“ und „richtungweisend“ bezeichnete Lutz Lienenkämper (CDU) den Steinkohlekompromiss des Jahres 2007. Man müsse das Steinkohlefinanzierungsgesetz gemeinschaftlich gegen alle Angriffe, auch aus Brüssel, verteidigen. Der Kompromiss garantiere, dass kein Bergmann ins Bergfreie falle. Einen „Sockelbergbau“ nach 2018 allerdings sah der CDU-Sprecher als nicht durchsetzbar an. Die heimische Kohle sei nun einmal nicht wettbewerbsfähig; dafür könnten die Kumpel nichts. Der SPD warf Lienenkämper vor, den Kompromiss damals „bis zum Schluss heftig bekämpft“ zu haben. Es sei gut, dass die heutige Landesregierung diese Position überwunden habe.

Froh über den gemeinsamen Antrag zum Kohlekompromiss und zum Steinkohlefinanzierungsgesetz zeigte sich Norbert Römer (SPD). In dieser Frage gehe es um die Interessen von 23.000 Bergleuten sowie von Zulieferbetrieben

mit tausenden Arbeitsplätzen. „Diese Interessen stellen wir in den Vordergrund – nicht theoretische Überlegungen, wie sie in Brüssel angestellt werden.“ Die EU missachte nationales Recht, NRW werde verlässlich und vertragstreu sein, betonte der SPD-Fraktionsvorsitzende. Dazu gehöre auch, dass man bis 2012 die Weiterführung eines Sockelbergbaus nach 2018 oder aber die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen gleichberechtigt behandle.

Seit den 60er-Jahren befinde sich die Kohle auf dem Rückzug, erinnerte Reiner Priggen (Grüne). In diesem Jahr schließe man das Bergwerk Ost, 2011 das Bergwerk Saar, 2012 das Bergwerk West. Dann blieben noch die Bergwerke Prosper-Haniel, Auguste Victoria, Ibbenbühren. Wer fordere, dass 2014 Schluss sein solle, wisse, dass er rund 15.000 Menschen in die Arbeitslosigkeit schicke. Daher forderte auch der Grünen-Sprecher Vertragstreu. Es sei „bedauerlich“, dass die

FDP nicht zu einem einstimmigen Signal bereit sei. In Richtung Linksfraktion meinte Priggen, eine Verknüpfung des Beschlusses mit der Forderung nach einem Sockelbergbau sei „kontraproduktiv“.

Man stehe zum Kernpunkt des Kohlekompromisses, verteidigte Dr. Gerhard Papke (FDP) die Position seiner Fraktion. Niemand solle im Stich gelassen werden. Der FDP-Fraktionsvorsitzende betonte aber auch, ein früherer Ausstieg, ein beschleunigter, geförderter Strukturwandel ohne betriebsbedingte Kündigungen, könne gelingen. Die mittelständische Wirtschaft suche „händeringend“ Fachkräfte. Die ehemalige große Koalition im Bund habe es offenbar „verpennt“, den Steinkohlekompromiss europarechtlich abzusichern. Wenn man die jetzige Verordnung verhindere, aber nicht durch eine neue ersetze, habe man 2011 keine Rechtsgrundlage mehr für die Kohlebeihilfen.

Das Steinkohlefinanzierungsgesetz von 2007 „entsprach bereits zum Zeitpunkt seines Inkrafttretens nicht dem geltenden EU-Recht“, kritisierte auch Rüdiger Sagel (Linke). Dies sei eine „unglaubliche politische Schlamperei“ der damaligen Regierungen in Land und Bund. Die Linke trete dafür ein, „dass das, was in Deutschland beschlossen wurde, jetzt endlich politisch in Brüssel entsprechend umgesetzt wird“. Außerdem müsse die Steinkohleförderung über 2018 hinaus eine Perspektive haben. Kritisch zeigte sich der Sprecher der Linken zum Verfahren des vorliegenden Antrags; aus der „Koalition der Einladung“ sei eine „Koalition der Ausladung“ geworden.

„Die Landesregierung unterstützt vollinhaltlich den gemeinsamen Antrag der Fraktionen CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen“, erklärte Wirtschaftsminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD). Es bestehe breites Einvernehmen, was man von einem neuen Vorschlag aus Brüssel erwarte. Die Einhaltung der Vereinbarung aus 2007 sei notwendig, um für den Bergbau eine sozialverträgliche Lösung zu erreichen. Vorruhestandsregelungen, Qualifizierungsmaßnahmen und Ersatzarbeitsplätze seien auf das Datum 2018 getaktet. Notwendig sei jetzt eine abgestimmte Position der Bundesregierung; die Kanzlerin habe erklärt, sie wolle sich für den geltenden Kohlekompromiss einsetzen. cW

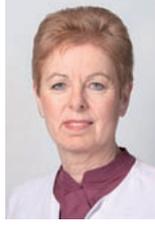
Der Antrag von CDU, SPD und Grünen (Drs. 15/70) wurde gegen die Stimmen von FDP und Linken angenommen; ein Antrag der Linken (Drs. 15/174) wurde bei Gegenstimmen von CDU und FDP sowie Enthaltung von SPD und Grünen abgelehnt.

# Auf einen Blick:

Die Landesregierung  
Die Fachausschüsse des Landtags



Foto: Schälte

|  |  |  |  |   |
|--|--|--|--|---|
| <p><b>Ressort</b></p> <p><b>Minister/-in</b></p> <p><b>Staatssekretär/-in</b></p> <p><b>Postanschrift</b></p> <p><b>Telefon 0211-<br/>Telefax 0211-<br/>E-Mail</b></p> | <p><b>Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen</b></p>  <p><b>Hannelore Kraft</b><br/>Ministerpräsidentin, SPD</p> <p>Franz-Josef Lersch-Mense,<br/>Chef der Staatskanzlei<br/>Thomas Breustedt,<br/>Regierungssprecher<br/>Stadttor 1<br/>40219 Düsseldorf<br/>837-01<br/>837-1150<br/>poststelle@stk.nrw.de</p> | <p><b>Ministerium für Schule und Weiterbildung</b></p>  <p><b>Sylvia Löhrmann</b><br/>Stellv. Ministerpräsidentin, Grüne</p> <p>Ludwig Hecke</p> <p>Völklinger Straße 49<br/>40221 Düsseldorf<br/>5867-40<br/>5867-3220<br/>poststelle@msw.nrw.de</p> | <p><b>Finanzministerium</b></p>  <p><b>Dr. Norbert Walter-Borjans</b><br/>SPD</p> <p>Dr. Rüdiger Messal</p> <p>Jägerhofstraße 6<br/>40479 Düsseldorf<br/>4972-0<br/>4972-2300<br/>presse@fm.nrw.de</p>                                   | <p><b>Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr</b></p>  <p><b>Harry Kurt Voigtsberger</b><br/>SPD</p> <p>Horst Becker<br/>Dr. Günther Horzetzky</p> <p>Jürgensplatz 1<br/>40219 Düsseldorf<br/>3843-0<br/>3843-9005<br/>poststelle@mwebwv.nrw.de</p> |
| <p><b>Ressort</b></p> <p><b>Minister/-in</b></p> <p><b>Staatssekretär/-in</b></p> <p><b>Postanschrift</b></p> <p><b>Telefon 0211-<br/>Telefax 0211-<br/>E-Mail</b></p> | <p><b>Ministerium für Inneres und Kommunales</b></p>  <p><b>Ralf Jäger</b><br/>SPD</p> <p>Dr. Hans-Ulrich Krüger</p> <p>Haroldstraße 5<br/>40213 Düsseldorf<br/>871-01<br/>871-3355<br/>poststelle@mik.nrw.de</p>  | <p><b>Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales</b></p>  <p><b>Guntram Schneider</b><br/>SPD</p> <p>Dr. Wilhelm D. Schäffer,<br/>Zülfiye Kaykin</p> <p>Fürstenwall 25<br/>40219 Düsseldorf<br/>855-5<br/>855-3211<br/>presse@mais.nrw.de</p>  | <p><b>Justizministerium</b></p>  <p><b>Thomas Kutschat</b><br/>SPD</p> <p>Dr. Brigitte Mandt</p> <p>Martin-Luther-Platz 40<br/>40212 Düsseldorf<br/>8792-0<br/>8792-371<br/>poststelle@jm.nrw.de</p>                                    | <p><b>Minist. für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz</b></p>  <p><b>Johannes Remmel</b><br/>Grüne</p> <p>Udo Paschedag</p> <p>Schwannstraße 3<br/>40476 Düsseldorf<br/>4566-0<br/>4566-388<br/>poststelle@mkulnv.nrw.de</p>                |
| <p><b>Ressort</b></p> <p><b>Minister/-in</b></p> <p><b>Staatssekretär/-in</b></p> <p><b>Postanschrift</b></p> <p><b>Telefon 0211-<br/>Telefax 0211-<br/>E-Mail</b></p> | <p><b>Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung</b></p>  <p><b>Svenja Schulze</b><br/>SPD</p> <p>Helmut Dockter</p> <p>Völklinger Straße 49<br/>40221 Düsseldorf<br/>896-04<br/>896-4555<br/>poststelle@miwf.nrw.de</p>  | <p><b>Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport</b></p>  <p><b>Ute Schäfer</b><br/>SPD</p> <p>Prof. Klaus Schäfer</p> <p>Haroldstraße 4<br/>40213 Düsseldorf<br/>837-02<br/>837-2249<br/>presse@mfkjs.nrw.de</p>                    | <p><b>Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter</b></p>  <p><b>Barbara Steffens</b><br/>Grüne</p> <p>Marlis Bredchorst</p> <p>Horionplatz 1<br/>40213 Düsseldorf<br/>8618-50<br/>86185-4444<br/>info@mgepa.nrw.de</p> | <p><b>Ministerium für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien</b></p>  <p><b>Dr. Angelica Schwall-Düren</b><br/>SPD</p> <p>Marc Jan Eumann</p> <p>Stadttor 1<br/>40219 Düsseldorf<br/>837-1399<br/>837-1612<br/>beate.hoffmann@stk.nrw.de</p>                           |

| Nr. | Ausschuss   | Vorsitz  | stellv. Vorsitz             | Ausschuss Assistent/-in | Durchwahl Assistent/-in 021-884 | Zahl der Mitglieder | Mitglieder CDU  | Mitglieder SPD   | Mitglieder GRÜNE  | Mitglieder FDP                                       | Mitglieder LINKE   |
|-----|---|--|-----------------------------|-------------------------|---------------------------------|---------------------|---|--|---|--|--|
| A 1 | <b>Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration</b> | <br>Günter Garbrecht<br>SPD   | Bernhard Tenhumberg<br>CDU  | Monika Pirron           | -2434                           | 25                  | <i>Preuß, Peter</i><br>Dr. Berger, Stefan<br>Birkhahn, Astrid<br>Doppmeier, Ursula<br>Kleff, Hubert<br>Post, Norbert<br>Solf, Michael-Ezzo<br>Tenhumberg, Bernhard<br>Wirtz, Axel                                   | <i>Scheffler, Michael</i><br>Bischoff, Rainer<br>Garbrecht, Günter<br>Gebhard, Heike<br>von Grünberg,<br>Bernhard<br>Kieninger, Gerda<br>Lück, Angela<br>Neumann, Josef<br>Veldhues, Elisabeth | <i>Maßen, Martina</i><br>Asch, Andrea Ursula<br>Ünal, Arif          | <i>Dr. Romberg, Stefan</i><br>Hafke, Marcel          | <i>Zimmermann, Wolfgang</i><br>Dr. Butterwegge,<br>Carolin |
| A 2 | <b>Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr</b>                    | <br>Dieter Hilser<br>SPD      | Olaf Lehne<br>CDU           | Harald Holler           | -2489                           | 25                  | <i>Schemmer, Bernhard</i><br>Clauser, Hans-Dieter<br>Deppe, Rainer<br>Exler, Wolfgang<br>Fehring, Hubertus<br>Hauser, Benedikt<br>Lehne, Olaf<br>Schroeren, Michael<br>Voussemer, Klaus Martin                      | <i>Ott, Jochen</i><br>Becker, Andreas<br>Berghahn, Jürgen<br>Gottschlich, Margret<br>Hilser, Dieter<br>Jahl, Armin<br>Kramer, Hubertus<br>Schmeltzer, Rainer<br>Voigt-Küppers, Eva             | <i>Brems, Wibke</i><br>Klocke, Arndt<br>Schneckenburger,<br>Daniela | <i>Rasche, Christof</i><br>Brockes, Dietmar          | <i>Beuermann, Bärbel</i><br>Demirel, Özlem Alev            |
| A 3 | <b>Ausschuss für Frauenpolitik</b>                                | <br>Bärbel Beuermann<br>Linke | Regina Kopp-Herr<br>SPD     | Sabine Arnoldy          | -2578                           | 21                  | <i>Westerhorstmann, Maria</i><br>Dr. Droste, Wilhelm<br>Exler, Wolfgang<br>Fehring, Hubertus<br>Klöpper, Rita<br>Milz, Andrea<br>Vosseler, Margret  | <i>Kieninger, Gerda</i><br>Gebhard, Heike<br>Kopp-Herr, Regina<br>Scheffler, Michael<br>Steininger-Bludau, Eva<br>Stotko, Thomas<br>Voigt-Küppers, Eva   | <i>Schäffer, Verena</i><br>Düker, Monika<br>Paul, Josefine          | <i>Pieper-von Heiden, Ingrid</i><br>Freimuth, Angela | <i>Akbayir, Hamide</i><br>Beuermann, Bärbel                |
| A 4 | <b>Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend</b>                   | <br>Margret Vosseler<br>CDU | Andrea Ursula Asch<br>Grüne | Monika Pirron           | -2434                           | 25                  | <i>Tenhumberg, Bernhard</i><br>Dr. Berger, Stefan<br>Doppmeier, Ursula<br>Kamieth, Jens<br>Löttgen, Bodo<br>Milz, Andrea<br>Ratajczak, Marc<br>Vosseler, Margret<br>Westerhorstmann,<br>Maria                       | <i>Jörg, Wolfgang</i><br>Dudas, Gordan<br>Kopp-Herr, Regina<br>Maelzer, Dennis<br>Scheffler, Michael<br>Steininger-Bludau, Eva<br>Stotz, Marlies<br>Voigt-Küppers, Eva<br>Zinkeit, Stefan      | <i>Asch, Andrea Ursula</i><br>Hanses, Dagmar<br>Ünal, Arif          | <i>Hafke, Marcel</i><br>Pieper-von Heiden,<br>Ingrid | <i>Dr. Butterwegge, Carolin</i><br>Atalan, Ali             |
| A 5 | <b>Haupt- und Medienausschuss</b>                                 | <br>Wolfram Kuschke<br>SPD  | Oliver Keymis<br>Grüne      | Birgit Hielscher        | -2226                           | 25                  | <i>Krautscheid, Andreas</i><br>Dr. Brinkmeier,<br>Michael<br>Laschet, Armin<br>Laumann, Karl-Josef<br>Lehne, Olaf<br>Dr. Schoser, Martin<br>Schroeren, Michael<br>Weisbrich, Christian<br>Westerhorstmann,<br>Maria | <i>Prof. Dr. Bovermann, Rainer</i><br>Altenkamp, Britta<br>Garbrecht, Günter<br>Gödecke, Carina<br>Kuschke, Wolfram<br>Link, Sören<br>Schmeltzer, Rainer<br>Töns, Markus<br>Vogt, Alexander    | <i>Priggen, Reiner</i><br>Bolte, Matthi<br>Keymis, Oliver           | <i>Witzel, Ralf</i><br>Dr. Papke, Gerhard            | <i>Michalowsky, Ralf</i><br>Sagel, Rüdiger                 |
| A 6 | <b>Ausschuss für Europa und Eine Welt</b>                         | <br>Werner Jostmeier<br>CDU | Hamide Akbayir<br>Linke     | Nicole Esser            | -2979                           | 21                  | <i>Freifrau von Boeselager, Ilka</i><br>Dr. Geerlings, Jörg<br>Giebels, Harald<br>Hovenjürgen, Josef<br>Jostmeier, Werner<br>Müller, Holger<br>Seel, Rolf   | <i>Töns, Markus</i><br>Dr. Behrens, Fritz<br>Hendricks, Renate<br>Maria<br>Jörg, Wolfgang<br>Kopp-Herr, Regina<br>Kuschke, Wolfram<br>Neumann, Josef   | <i>Engstfeld, Stefan</i><br>Rüße, Norwich<br>Schäffer, Verena       | <i>Dr. Wolf, Ingo</i><br>Brockes, Dietmar            | <i>Beuermann, Bärbel</i><br>Akbayir, Hamide                |
| A 7 | <b>Haushalts- und Finanzausschuss</b>                             | <br>Manfred Palmen<br>CDU   | Uli Hahnen<br>SPD           | Frank Schlichting       | -2580                           | 25                  | <i>Weisbrich, Christian</i><br>Krückel, Bernd<br>Kruse, Theo<br>Möbius, Christian<br>Palmen, Manfred<br>Dr. Petersen, Jens<br>Rickfelder, Josef<br>Schittges, Winfried<br>Sieveke, Daniel                           | <i>Börschel, Martin</i><br>Berghahn, Jürgen<br>Eiskirch, Thomas<br>Hahnen, Uli<br>Herter, Marc<br>Körfges, Hans-Willi<br>Lüders, Nadja<br>Lux, Eva<br>Zinkeit, Stefan                          | <i>Mostofzadeh, Mehrdad</i><br>Bolte, Matthi<br>Dr. Seidl, Ruth     | <i>Freimuth, Angela</i><br>Dr. Orth, Robert          | <i>Sagel, Rüdiger</i><br>Aggelidis, Michael<br>Georg       |

| Nr.  | Ausschuss  | Vorsitz   | stellv. Vorsitz            | Ausschuss Assistent/-in             | Durchwahl Assistent/-in 0271-884 | Zahl der Mitglieder | Mitglieder CDU   | Mitglieder SPD  | Mitglieder GRÜNE   | Mitglieder FDP   | Mitglieder LINKE                                     |
|------|--|---|----------------------------|-------------------------------------|----------------------------------|---------------------|--|---|--|--|--|
| A 8  | <b>Ausschuss für Haushaltskontrolle</b>                                  | <br>Armin Jahl<br>SPD          | Hans-Dieter Clauser<br>CDU | Thomas Wilhelm                      | -2523                            | 21                  | <i>Seel, Rolf</i><br>Clauser, Hans-Dieter<br>Jostmeier, Werner<br>Krückel, Bernd<br>Ortgies, Friedhelm<br>Rickfelder, Josef<br>Sieveke, Daniel   | <i>Gatter, Stephan</i><br>Große Brömer,<br>Wolfgang<br>Hahnen, Uli<br>Hilser, Dieter<br>Jahl, Armin<br>Lux, Eva<br>Maelzer, Dennis  | <i>Mostofizadeh, Mehrdad</i><br>Engstfeld, Stefan<br>Keymis, Oliver                | <i>Dr. Romberg, Stefan</i><br>Prof. Dr. Pinkwart,<br>Andreas | <i>Sagel, Rüdiger</i><br>Aggelidis, Michael<br>Georg |
| A 9  | <b>Innenausschuss</b>  | <br>Monika Düker<br>Grüne      | Kai Abruszat<br>FDP        | Norbert Krause                      | -2521                            | 25                  | <i>Kruse, Theo</i><br>Biesenbach, Peter<br>Dr. Geerlings, Jörg<br>Golland, Gregor<br>Lohn, Werner<br>Moritz, Arne<br>Preuß, Peter<br>Rickfelder, Josef<br>Schittges, Winfried                        | <i>Stotko, Thomas</i><br>Bialas, Andreas<br>Dahm, Christian<br>Körfges, Hans-Willi<br>Kramer, Hubertus<br>Link, Sören<br>Lüders, Nadja<br>Yetim, Ibrahim<br>Yüksel, Serdar        | <i>Bolte, Matthi</i><br>Düker, Monika<br>Schäffer, Verena                          | <i>Engel, Horst</i><br>Abruszat, Kai                         | <i>Conrads, Anna</i><br>Atalan, Ali                  |
| A 10 | <b>Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie</b> | <br>Arndt Klocke<br>Grüne      | Dr. Stefan Berger<br>CDU   | Norbert Krause                      | -2521                            | 21                  | <i>Dr. Brinkmeier, Michael</i><br>Dr. Berger, Stefan<br>Birkhahn, Astrid<br>Kaiser, Klaus<br>Kuhmichel, Manfred<br>Dr. Schoser, Martin<br>Wiedon, Stefan   | <i>Schultheis, Karl</i><br>Bell, Dietmar<br>Prof. Dr. Bovermann,<br>Rainer<br>Eiskirch, Thomas<br>Fortmeier, Georg<br>Maelzer, Dennis<br>Preuß-Buchholz, Iris                     | <i>Dr. Seidl, Ruth</i><br>Klocke, Arndt<br>Maaßen, Martina                         | <i>Hafke, Marcel</i><br>Dr. Orth, Robert                     | <i>Böth, Gunhild</i><br>Dr. Butterwegge,<br>Carolin  |
| A 11 | <b>Ausschuss für Kommunalpolitik</b>                                     | <br>Carina Gödecke<br>SPD    | Werner Lohn<br>CDU         | Silvia Winands                      | -2336                            | 25                  | <i>Löttgen, Bodo</i><br>Biesenbach, Peter<br>Hauser, Benedikt<br>Lohn, Werner<br>Palmen, Manfred<br>Schemmer, Bernhard<br>Sieveke, Daniel<br>Voussemer, Klaus<br>Wimmer, Wiljo                       | <i>Herter, Marc</i><br>Becker, Andreas<br>Börschel, Martin<br>Dahm, Christian<br>Gödecke, Carina<br>Hübner, Michael R.<br>Körfges, Hans-Willi<br>Kramer, Hubertus<br>Wolf, Sven   | <i>Mostofizadeh, Mehrdad</i><br>Asch, Andrea Ursula<br>Schneckenburger,<br>Daniela | <i>Engel, Horst</i><br>Abruszat, Kai                         | <i>Demirel, Özlem Alev</i><br>Conrads, Anna          |
| A 12 | <b>Kulturausschuss</b>   | <br>Dr. Fritz Behrens<br>SPD | Manfred Kuhmichel<br>CDU   | Judith Drögeler                     | -2145                            | 21                  | <i>Brunert-Jetter, Monika</i><br>Dr. Hachen, Gerd<br>Kuhmichel, Manfred<br>Dr. Rüttgers, Jürgen<br>Schroeren, Michael<br>Prof. Dr. Dr. Sternberg,<br>Thomas<br>Verpoorten, Andrea<br>Christina       | <i>Bialas, Andreas</i><br>Dr. Behrens, Fritz<br>Howe, Inge<br>Hübner, Michael R.<br>Meesters, Norbert<br>Ruhkemper, Cornelia<br>Schultheis, Karl                                  | <i>Keymis, Oliver</i><br>Klocke, Arndt<br>Dr. Seidl, Ruth                          | <i>Prof. Dr. Pinkwart, Andreas</i><br>Freimuth, Angela       | <i>Michalowsky, Ralf</i><br>Böth, Gunhild            |
| A 13 | <b>Petitionsausschuss</b>  | <br>Rita Klöpfer<br>CDU      | Inge Howe<br>SPD           | Geschäftsstelle<br>Petitionsreferat | -2417<br>-2143                   | 25                  | <i>Kleff, Hubert</i><br>Giebels, Harald<br>Klöpfer, Rita<br>Moritz, Arne<br>Ratajczak, Marc<br>Schulze Föcking,<br>Christina<br>Verpoorten, Andrea<br>Christina<br>Voussemer, Klaus<br>Wimmer, Wiljo | <i>Howe, Inge</i><br>Dudas, Gordan<br>von Grünberg,<br>Bernhard<br>Jörg, Wolfgang<br>Lux, Eva<br>Ruhkemper, Cornelia<br>Schultheis, Karl<br>Veldhues, Elisabeth<br>Yüksel, Serdar | <i>Maaßen, Martina</i><br>Beer, Sigrid<br>Ünal, Arif                               | <i>Brockes, Dietmar</i><br>Rasche, Christof                  | <i>Atalan, Ali</i><br>Akbayir, Hamide                |
| A 14 | <b>Rechtsausschuss</b>   | <br>Dr. Robert Orth<br>FDP   | Nadja Lüders<br>SPD        | Birgit Hielscher                    | -2226                            | 21                  | <i>Giebels, Harald</i><br>Biesenbach, Peter<br>Freifrau von<br>Boeselager, Ilka<br>Dr. Droste, Wilhelm<br>Lehne, Olaf<br>Möbius, Christian<br>Moritz, Arne   | <i>Wolf, Sven</i><br>Bialas, Andreas<br>Fortmeier, Georg<br>Lüders, Nadja<br>Stotko, Thomas<br>Stotz, Marlies<br>Veldhues, Elisabeth  | <i>Hanses, Dagmar</i><br>Düker, Monika<br>Markert, Hans<br>Christian               | <i>Dr. Orth, Robert</i><br>Engel, Horst                      | <i>Conrads, Anna</i><br>Aggelidis, Michael<br>Georg  |

| Nr.  | Ausschuss  | Vorsitz   | stellv. Vorsitz           | Ausschuss Assistent/-in | Durchwahl Assistent/-in 021-884<br>Zahl der Mitglieder | Mitglieder CDU  | Mitglieder SPD   | Mitglieder GRÜNE   | Mitglieder FDP                               | Mitglieder LINKE                                   |
|------|--|---|---------------------------|-------------------------|--|---|--|--|--|--|
| A 15 | Ausschuss für Schule und Weiterbildung   | <br>Wolfgang Große Brömer<br>SPD | Dr. Gerd Hachen<br>CDU    | Sabine Arnoldy          | -2578  | 25 Prof. Dr. Dr. Sternberg, Thomas<br>Birkhahn, Astrid<br>Dr. Hachen, Gerd<br>Kaiser, Klaus<br>Post, Norbert<br>Ratajczak, Marc<br>Recker, Bernhard<br>Solf, Michael-Ezzo<br>Wiedon, Stefan             | Link, Sören<br>Prof. Dr. Bovermann,<br>Rainer<br>Große Brömer,<br>Wolfgang<br>Hendricks, Renate<br>Maria<br>Ott, Jochen<br>Preuß-Buchholz, Iris<br>Roth, Wolfgang<br>Stotz, Marlies<br>Weiß, Rüdiger | Beer, Sigrid<br>Paul, Josefine<br>Rüße, Norwich                          | Pieper-von Heiden,<br>Ingrid<br>Witzel, Ralf | Böth, Gunhild<br>Beuermann, Bärbel                 |
| A 16 | Sportausschuss   | <br>Axel Wirtz<br>CDU            | Andreas Becker<br>SPD     | Hans-Georg Schröder     | -2487  | 21 Müller, Holger<br>Exler, Wolfgang<br>Palmen, Manfred<br>Recker, Bernhard<br>Schroeren, Michael<br>Wiedon, Stefan<br>Wirtz, Axel  | Roth, Wolfgang<br>Becker, Andreas<br>Bischoff, Rainer<br>Dudas, Gordan<br>Gebhard, Heike<br>Sundermann, Frank<br>Weiß, Rüdiger   | Paul, Josefine<br>Markert, Hans<br>Christian<br>Mostofizadeh,<br>Mehrdad | Dr. Wolf, Ingo<br>Rasche, Christof           | Michalowsky, Ralf<br>Zimmermann,<br>Wolfgang       |
| A 17 | Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz | <br>Friedhelm Ortgies<br>CDU    | Cornelia Ruhkemper<br>SPD | Thomas Wilhelm          | -2523  | 25 Deppe, Rainer<br>Brunert-Jetter, Monika<br>Golland, Gregor<br>Hovenjürgen, Josef<br>Ortgies, Friedhelm<br>Dr. Schoser, Martin<br>Schulze Föcking,<br>Christina<br>Vosseler, Margret<br>Wüst, Hendrik | Stinka, André<br>Gatter, Stephan<br>Gottschlich, Margret<br>Kieninger, Gerda<br>Lück, Angela<br>Meesters, Norbert<br>Ruhkemper, Cornelia<br>Sundermann, Frank<br>Wolf, Sven                          | Markert, Hans<br>Christian<br>Brems, Wibke<br>Rüße, Norwich              | Abruszat, Kai<br>Dr. Romberg, Stefan         | Akbayir, Hamide<br>Sagel, Rüdiger                  |
| A 18 | Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie                                    | <br>Dr. Jens Petersen<br>CDU   | Georg Fortmeier<br>SPD    | Hans-Georg Schröder     | -2487  | 25 Wüst, Hendrik<br>Clauser, Hans-Dieter<br>Fehring, Hubertus<br>Dr. Geerlings, Jörg<br>Kamieth, Jens<br>Lienenkämper, Lutz<br>Dr. Petersen, Jens<br>Verpoorten, Andrea<br>Christina<br>Wirtz, Josef    | Eiskirch, Thomas<br>Bell, Dietmar<br>Fortmeier, Georg<br>Herter, Marc<br>Hübner, Michael R.<br>Jahl, Armin<br>Schmeltzer, Rainer<br>Stinka, André<br>Vogt, Alexander                                 | Schneckenburger,<br>Daniela<br>Brems, Wibke<br>Engstfeld, Stefan         | Brockes, Dietmar<br>Dr. Papke, Gerhard       | Aggelidis, Michael<br>Georg<br>Demirel, Özlem Alev |
| A 21 | Wahlprüfungsausschuss  | <br>Werner Jostmeier<br>CDU    | Sven Wolf<br>SPD          | Hans-Georg Schröder     | -2487  | 9 Dr. Droste, Wilhelm<br>Giebels, Harald<br>Jostmeier, Werner   | Körffges, Hans-Willi<br>Stotko, Thomas<br>Wolf, Sven   | Beer, Sigrid   | Freimuth, Angela                             | Beuermann, Bärbel                                  |

Stand September 2010

Die jeweiligen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen sind kursiv gesetzt.

# LANDTAG INTERN

## Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



# Schlag auf Schlag

„Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

Karl-Josef Laumann  
(CDU)



Norbert Römer  
(SPD)



**Besonders wichtig für die unmittelbare Zukunft Nordrhein-Westfalens sind mir die Themen ...**

... Schule als originäre Länderkompetenz, aber auch die Wirtschaftspolitik, konkret der Kraftwerksbau in Datteln. Die Grünen wollen dieses industrielle Großprojekt verhindern. Und Frau Kraft? Die hüllt sich in Schweigen. Ein Scheitern Dattelns wäre ein verheerendes Symbol für den Wirtschaftsstandort NRW.

... gesellschaftlicher Zusammenhalt, Bildung und eine innovative Wirtschafts- und Energiepolitik. Dabei werden wir die Betroffenen von politischen Entscheidungen viel stärker einbeziehen, als dies in der jüngeren Vergangenheit der Fall war. Wir machen Betroffene zu echten Beteiligten.

**Mittelfristig kümmern müssen wir uns schwerpunktmäßig um ...**

... die Haushaltskonsolidierung. Und zwar nicht nur mittelfristig, sondern ab sofort. Denn die Schuldenbremse verpflichtet uns dazu, bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Helmut Linssen hat gezeigt, wie es geht. Wer jetzt das Konto unserer Kinder weiter überzieht, handelt unmoralisch!

... unser Bildungssystem. Es muss gerechter und leistungsfähiger werden. Damit schaffen wir die Voraussetzungen zugleich für wirtschaftliche Stärke und Zukunftsfähigkeit, für Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit.

**Wenn es Themen gibt, die man über Fraktionsgrenzen hinweg angehen kann, dann wären dies insbesondere ...**

... die Kommunal финанzen, die Integrationspolitik, aber auch Fragen in der Justiz- und Innenpolitik. Fundamentalopposition wird es mit uns nicht geben. Zu konstruktiven Gesprächen sind wir stets bereit. Das würde aber auch bedeuten, dass sich die SPD auch gegen ihren Koalitionspartner durchsetzen kann.

... das Thema Integration. Bereits vor neun Jahren gab es ja eine gemeinsame Integrationsoffensive des Landtags. Angesichts der aktuellen Diskussion ist es umso wichtiger, dieses Thema nicht den Stammtischen zu überlassen.

**Eine falsche politische Weichenstellung wäre zum jetzigen Zeitpunkt aus meiner Sicht ...**

... die von Rot-Grün bereits eingeleitete Rückabwicklung vieler schwarz-gelber Errungenschaften. Die Landesregierung benimmt sich wie ein Kind, das am Strand die Sandburgen der anderen Kinder kaputt macht und fragt: Willst du mit mir spielen? Das nennt sie „Koalition der Einladung“. Ich nenne das schlechten Stil.

... wenn die fünf Fraktionen im Landtag nicht jede Chance zur konstruktiven Zusammenarbeit nutzen würden. Das Wahlergebnis hat alle vor eine große Herausforderung gestellt. Aber im Interesse des Landes sollten alle ideologische Scheuklappen ablegen und Möglichkeiten der Kooperation suchen.

**Ich sehe Chancen, das eine oder andere politische Kapitel, an dem schon lange gearbeitet wird, demnächst abzuschließen, und zwar ...**

... das Kapitel „Subventionierter Steinkohlenbergbau“. Das Steinkohlefinanzierungsgesetz war eine der bedeutendsten wirtschaftspolitischen Entscheidungen seit Jahrzehnten. Ziel muss es sein, dem hier geregelten sozialverträglichen Ausstieg zum Jahr 2018 nun auch auf EU-Ebene Geltung zu verschaffen.

... die Abschaffung der Studiengebühren. Unser Ziel ist der Abbau von Hürden, die den Zugang zu guter Bildung erschweren. Für unser Land ist es unverzichtbar, aus Gründen der Chancengerechtigkeit, aber auch um dem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen, möglichst alle Bildungspotenziale zu erschließen. Dieses Versprechen lösen wir jetzt ein.

*Idee und Umsetzung:  
Sonja Wand, Sebastian Wüwer*

## Diesmal sind es die Vorsitzenden der fünf Landtagsfraktionen.

Reiner Priggen  
(Grüne)



... Bildungspolitik, für mehr Leistung und Chancengerechtigkeit. In der Wirtschafts- und Klimapolitik für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, hin zu mehr Ressourceneffizienz und Nachhaltigkeit. Und in der Kommunalpolitik für eine bessere Finanzausstattung der Städte, der Sicherung von kommunalen Strukturen und der Demokratie.

... ebenfalls die Themen, die ich oben genannt habe. In diesen Bereichen müssen wir Weichen neu stellen und unmittelbar umsteuern, um kurz-, mittel- und langfristig Erfolge zu erzielen.

... die Integrationspolitik. Es ist eine gute Tradition im Düsseldorfer Landtag, dass dieses Thema über Fraktionsgrenzen hinweg behandelt wird. Auftakt hierfür war die ‚Integrationsoffensive‘ von 2001.

... die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Sie ist unnötig, gefährlich und teuer. Sie verhindert Investitionen im Bereich der Erneuerbaren, schädigt so auch die Stadtwerke, und die Endlagerfrage ist immer noch nicht gelöst. Kosten und Risiken für Betrieb und Lagerung trägt allein die Bevölkerung.

... die Subventionierung der Steinkohle wie geplant im Jahr 2018 endlich zu beenden.

Dr. Gerhard Papke  
(FDP)



... Bildung und soziale Marktwirtschaft. Die Regierung aus FDP und CDU hat mehr als 8.000 Lehrerstellen geschaffen, den Unterrichtsausfall nahezu halbiert und die individuelle Förderung ausgebaut. Mehr als 250.000 Arbeitsplätze wurden geschaffen, weil Schwarz-Gelb dem Mittelstand mehr Freiräume zur wirtschaftlichen Betätigung ermöglicht hat.

... die Konsolidierung des Landeshaushalts. In Regierungsverantwortung von FDP und CDU wurde die jährliche Neuverschuldung massiv zurückgeführt. Rot-Grün plant nun eine unverantwortliche Neuverschuldung um 8,9 Mrd. Euro allein in diesem Jahr. Eine solche Verschuldungsorgie zulasten kommender Generationen wird die FDP nicht hinnehmen.

Die FDP-Fraktion versteht sich als konstruktive Opposition, die eigene Vorschläge für die Zukunft Nordrhein-Westfalens zur Debatte stellt. Selbstverständlich sind wir auf allen Themenfeldern gesprächsbereit, wie man den besten Weg für unser Land und seine Menschen finden kann.

... das umzusetzen, was SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag beschlossen haben. Eine ausufernde Neuverschuldung, die Abschaffung sozialverträglicher Studienbeiträge, der geplante Einstieg in die Einheitsschule und die Blockade unverzichtbarer Industrieprojekte würden Nordrhein-Westfalen schaden.

... den sozialverträglichen Ausstieg aus dem Subventionsbergbau. Die Landesregierung darf den Beschluss der EU-Kommission, den Steinkohlebergbau schon 2014 auslaufen zu lassen, nicht nur blindwütig bekämpfen, sie muss sich darauf einstellen, das Ende des Bergbaus vorzuziehen. Wichtig bleibt: Niemand darf ins Bergfreie fallen.

Bärbel Beuermann  
(Linke)



... Bildung, Aus- und Weiterbildung sowie die Hochschulbildung. Für die Entwicklung unserer Kinder ist ein sozial gerechtes Bildungssystem nötig. Längeres gemeinsames Lernen in der „Einen Schule für Alle“ ist für mich die konsequente Fortführung einer individuellen frühkindlichen Förderung und Bildung.

... die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Allen Menschen in NRW muss eine würdevolle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht werden. Die Auswirkungen der sogenannten Hartz-IV-Gesetze haben zu einer „Vertafelung“ der Gesellschaft geführt. Dies ist für mich beschämend.

... die Stärkung der Kommunen. Die Finanzlage vieler Städte, Landkreise und Kommunen ist alarmierend. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in einem sich verschärfenden Rückgang der steuerlichen Einnahmen und der gestiegenen Mehrbelastung im Sozialbereich durch die Politik der Bundesregierung.

... die Negation dessen, dass es seit dem 9. Mai 2010 im Landtag NRW fünf Fraktionen gibt. Über Parteigrenzen und ideologische Verhaftungen hinweg sollte und muss es allen Fraktionen im Landtag ein Anliegen sein, im Diskurs für eine Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen in NRW einzutreten.

... die Beendigung der Überwachung unserer Partei durch den Verfassungsschutz. Ein Eintreten für eine solidarische, chancengerechte und antifaschistische Gesellschaft, in der aktive Demokratie, Selbstbestimmung und Emanzipation zu den Grundprinzipien gehört, bewegt sich auf dem Boden des Grundgesetzes.

# Generaldebatte über Schulstruktur

## Hochemotionales Thema bleibt auf der Tagesordnung

8. September 2010 – Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hat „nahtlos“ (Wolfgang Große Brömer, Vorsitzender, SPD) an die Diskussionen um die Schulstruktur aus der letzten Legislaturperiode angeknüpft. Auf der Grundlage eines Antrags der FDP-Fraktion, das gegliederte Schulsystem zu erhalten (Drs. 15/21), prallten die Meinungen aufeinander.

Die Diskussion über den Antrag geriet zur Generaldebatte über die richtige Schulstruktur. Das traditionell heiße und hochemotionale Thema sorgte auch diesmal für jede Menge Gesprächsstoff. Die FDP-Fraktion formuliert in ihrem Antrag die Überzeugung, dass die Eltern die Einführung einer Gemeinschaftsschule nicht befürworteten und dass individuelle Förderung in Gemeinschaftsschulen unmöglich werde. Auch der Wirtschaftsstandort würde laut Antrag leiden, wenn die Schulvielfalt abgeschafft würde. Um den demographischen Wandel aufzufangen, sollten aber Verbundmöglichkeiten für Schulen geschaffen werden.

Zur Begründung des Antrags ihrer Fraktion führte Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) aus, dieser sei Ausdruck der Abwehr eines Angriffs, den SPD und Grüne auf die bestehende Schulstruktur planten. In keinem anderen Bundesland gebe es einen solchen Generalangriff auf das Gymnasium. Besondere Bedenken hatte die FDP-Sprecherin hinsichtlich der individuellen Förderung, die in Klassen mit höchst unterschiedlich lernstarken Kindern noch schwieriger zu bewerkstelligen sei als bisher.

Außerdem sei unklar, wie in einem Einheitschulsystem die Qualitätssicherung gelingen solle. Pieper-von Heiden beantragte für die FDP-Fraktion eine Anhörung zum vorliegenden Antrag.

„Es gibt keine Pläne zu einer Einheitsschule“, erwiderte Sigrid Beer (Grüne). Zudem seien die geplanten freiwilligen Gemeinschaftsschulen geeignet, um mehr gymnasiale Standards in die Fläche zu bringen. Darüber hinaus wolle man lediglich auf konkreten Antrag von Kommunen hin die Erlaubnis zu Gemeinschaftsschulen erteilen. Dies geschehe auf Basis des Schulgesetzes der schwarz-gelben Vorgängerregierung.

Sören Link (SPD) hielt die im FDP-Antrag geäußerte Sorge ums Gymnasium für unbegründet. Im Übrigen erinnere ihn die Diskussion an die Einführung von Ganztagschulen. Damals hätten sich CDU und FDP ebenfalls dagegen gestäubt, seien aber „von der Realität überholt“ worden und hätten sich schließlich nach und nach der Mehrheitsmeinung angeschlossen. Die gleiche Entwicklung prognostizierte Link für die Weiterentwicklung der Schulstruktur, bei der „Sie von der Realität, von den Menschen und von Ihren eigenen Kommunalpolitikern sukzessive überholt werden“.

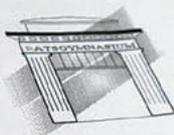
Niemand organisiere einen Kreuzzug gegen eine neue Schulform, wehrte Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg (CDU) Vorwürfe der Regierungsfaktionen ab und plädierte für pragmatisches Vorgehen. Dieses müsse sich auf die innere Schulentwicklung beziehen: Schulerfolg hänge von gutem Unterricht, von guten Lehrkräften und von der Lernfähigkeit der Kinder ab. Die ständige Diskussion über Schulformen habe bereits 40 Jahre lang gelähmt, löse aber die Probleme nicht. Nötig sei nunmehr Schulfrieden.

„Was Sie der Ministerin vorwerfen, ist das, was Sie selbst eingeführt haben“, beschrieb Gunhild Böth (Linke) die im Schulgesetz verankerte Möglichkeit für Kommunen, eine örtliche Verbundlösung zu beantragen. Sie kritisierte allerdings, dass die Diskussion einem „Stochern im Nebel“ ähnele, weil bisher sowohl zur Gemeinschaftsschule als auch zum FDP-Modell der regionalen Mittelschule konkrete Vorlagen und genauere Erläuterungen zur Umsetzung fehlten.

Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) kündigte an, Ende September Eckpunkte zu den Plänen für Gemeinschaftsschulen vorzulegen. Um den größtmöglichen Konsens für die Arbeit an Schulfragen zu erzielen, solle es demnächst eine Konferenz mit allen Fraktionen, dem Ministerium sowie wesentlichen gesellschaftlichen Akteuren geben. Die Ministerin betonte die Notwendigkeit, eine Antwort auf die demographische Entwicklung zu finden, weswegen immer auch die Strukturfrage betroffen sei. Sie versprach aber: „Die Landesregierung will keine Schulform abschaffen.“ Eine Einheitsschule werde es ebenfalls nicht geben, da die konkrete Ausgestaltung einer Verbundlösung vor Ort von Fall zu Fall unterschiedlich sein könne. sow

Foto: Schälte

STÄDT. RATSGYMNASIUM



ZEUGNIS  
der allgemeinen Hochschulreife

hat sich nach dem Besuch der gymnasialen Oberstufe der Abiturprüfung unterzogen.

Im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit: Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) vor der Diskussion im Innenausschuss  
Foto: Schälte

## Wer trägt Verantwortung?

### Nach der Loveparade-Katastrophe: Innenausschuss fragte nach Ursachen

2. September 2010 – „Alle Duisburger und ich besonders leiden entsetzlich unter diesem schrecklichen Unglück“, erklärte Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) im Innenausschuss des Landtags (Vorsitz Monika Düker, Grüne). Vor den Abgeordneten bezog er Stellung zur Katastrophe bei der Duisburger Loveparade am 24. Juli 2010. Dort waren bei einer Massenpanik 21 Menschen ums Leben gekommen. Die Abgeordneten im Innenausschuss wollten klären, wie dies geschehen konnte. Neben Sauerland befragten sie weitere Vertreter der Stadt Duisburg, der Polizei sowie des Veranstalters Lopavent.

„Dieser Ort ist kein Gerichtssaal. Wir können nur bewerten, nicht verurteilen“, stellte die Ausschussvorsitzende Monika Düker (Grüne) zu Beginn der Sitzung klar. Fünf Wochen nach der Loveparade war die Frage, wer Verantwortung für das Duisburger Unglück trägt, noch ungeklärt. Die Stellungnahmen der Stadt Duisburg, der Polizei und des Veranstalters machten deutlich, dass die Akteure weiterhin unterschiedliche Ansichten über die Zuständigkeiten am Veranstaltungstag der Loveparade haben.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) bezeichnete die insbesondere vom Veranstalter Lopavent geäußerten Vorwürfe gegen die Polizei als „ungeheuerlich“ und erklärte, er halte ein Fehlverhalten von Beamten für „unrealistisch“. Zugleich sprach der Minister von einem „Chaos auf Veranstalterseite“. Polizei-Inspekteur Dieter Wehe führte eine Reihe von Mängeln bei der Loveparade an, für die der Veranstalter verant-

wortlich gewesen sei. Er sprach unter anderem von einer „zu späten Öffnung“ des Veranstaltungsgeländes für die Besuchermassen, von fehlenden Ordnern an den Eingangsschleusen und fehlender Beschilderung in den Tunneln. Für das Innenministerium betonte ein beauftragter Gutachter, nicht die Polizei, sondern die Stadt Duisburg habe als Baugenehmigungsbehörde an erster Stelle Verantwortung für die Sicherheit bei der Loveparade getragen. Sie sei in der Pflicht gewesen, das Sicherheitskonzept des Veranstalters zu überprüfen und die Sicherheit zu gewährleisten.

#### OFFENE FRAGEN

Dieser Sichtweise widersprach die Anwältin der Stadt Duisburg. Die Zustimmung zum Sicherheitskonzept des Veranstalters sei „im Einvernehmen“ mit allen beteiligten Akteuren erfolgt. Die Polizei, und nicht die Stadt Duisburg als Ordnungsbehörde, sei für die Sicherheit auf dem Veranstaltungsgelände verantwortlich gewesen. Erstmals äußerte sich Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) vor dem Innenausschuss zur Katastrophe. Die Ereignisse bei der Loveparade hätten ihm und den beteiligten Menschen in der Duisburger Stadtverwaltung eine Bürde aufgelastet, „die uns unser Leben lang nicht mehr verlassen wird“. Mit dem Entschluss, das Amt des Oberbürgermeisters weiter auszuüben, wolle er bei der Aufklärung der Unglücksursachen behilflich sein und sich nicht aus der Verant-

wortung stehlen. Dies sei er den Opfern und Angehörigen der Katastrophe schuldig, sagte Sauerland.

Der Oberbürgermeister verwies auf das abschließende Gutachten der Stadt Duisburg. Danach habe die Stadt gegen keine Amtspflichten verstoßen, und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung hätten rechtmäßig gehandelt. Im Vorfeld der Loveparade habe der Veranstalter alle erforderlichen Auflagen erfüllt, so dass die Genehmigung für die Großveranstaltung erteilt worden sei. Sauerland wollte im Innenausschuss nicht ausschließen, „dass Dritte gegen Auflagen verstoßen haben“. An Schuldzuweisungen wollte er sich jedoch nicht beteiligen.

Für den Veranstalter Lopavent nahmen zwei Anwälte an der Ausschusssitzung teil. Sie sahen „sehr, sehr viele Fragen und weniger Antworten, als mancher hier im Raum zu haben scheint“. Der Veranstalter habe die Loveparade „nicht alleine geplant“ und in den Besprechungen habe sich die Polizei für die Sicherheit bei der Veranstaltung verantwortlich gefühlt. Das Protokoll eines Sicherheitsworkshops unmittelbar vor der Loveparade zeige, dass Lopavent an dieser Besprechung nur partiell beteiligt worden sei. Es müsse nun geklärt werden, forderte einer der Juristen, auf wessen Befehl die Polizeiketten auf der Rampe und in den Tunneln zum Veranstaltungsgelände eingerichtet worden seien. Der Anwalt verwies auf veröffentlichte Videoaufzeichnungen von Überwachungskameras. Das Filmmaterial solle dabei helfen, dass sich „jeder ein eigenes Bild“ von den Geschehnissen machen könne.

SW

Mit einer Schweigeminute gedachten die Landtagsabgeordneten in der Plenarsitzung am 15. September 2010 der Opfer der Katastrophe und deren Angehörigen. Das Unglück war in dieser Sitzung auch Thema eines Antrags der FDP-Fraktion (Drs. 15/102). Sie forderte eine „lückenlose Aufklärung“. Bereits zuvor hatte sich am 8. September 2010 auch der Rechtsausschuss mit dem Unglück befasst. Dabei unterrichtete Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) die Abgeordneten über den ernommen Umfang der Ermittlungen. Gleichzeitig wurde eine mögliche Befangenheit der ermittelnden Duisburger Staatsanwaltschaft diskutiert.

# Aus den Fraktionen

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

## Gerade Jungen mangelt es an männlichen Vorbildern

Männliche Fachkräfte im Erziehungswesen sind leider immer noch die Ausnahme. Eine aktuelle Studie zeigt, dass der Anteil männlicher pädagogischer Fachkräfte in Kindertagesstätten lediglich bei 2,4 Prozent liegt. „Dabei ist die Notwendigkeit männlicher Bezugspersonen für Kinder durch die Forschung hinreichend gesichert. Insbesondere da viele Mütter alleinerziehend sind, fehlt Kindern häufig ein männlicher Ansprechpartner. Gerade Jungen mangelt es an männlichen Vorbildern.“ Das erklärt die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Ursula Doppmeier (Foto). „Deshalb wäre ein höheres Engagement von Männern in erzieherischen Berufen zu begrüßen.“



Auf der Grundlage des von der schwarz-gelben Landesregierung entwickelten KiBiz können in der institutionellen Tagesbetreuung alleine bis Ende 2010 rund 7.400 neue Vollzeitstellen geschaffen werden. Wenn Fachkräfte auch Teilzeitbeschäftigungen anstreben, sogar bis zu 8.500 Arbeitsplätze. Und auch in der Kindertagespflege, die durch das KiBiz erheblich aufgewertet wurde, werden im Jahr 2010 etwa 7.800 neue Tagespflegepersonen benötigt. Dies können sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, Formen selbstständiger Tätigkeit, 400-Euro-Jobs oder geringfügige Beschäftigungsverhältnisse sein.

„Diese positiven Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt, verbunden mit der Tatsache, dass wir mehr Männer in den traditionell von Frauen dominierten Berufen des Erziehungswesens brauchen, eröffnen zahlreiche neue Chancen. Diese gilt es zu nutzen“, so Doppmeier. „Daher laden wir die grün-rote Minderheitsregierung dazu ein, zusammen mit der CDU-Fraktion ein Konzept zur Steigerung der Attraktivität und Nachfrage von Männern in Erziehungsberufen zu entwickeln sowie spezielle Schulungsprogramme für Tagesväter zu erarbeiten.“



## Vorstand der SPD-Fraktion ist komplett



Von links: Britta Altenkamp, Hans-Willi Körfges, Landtagsviizepräsidentin Carina Gödecke, Norbert Römer, ...

Die 67 nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsabgeordneten haben ihre vier stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Gelsenkirchenerin Heike Gebhard ist ab sofort in dem insgesamt sechsköpfigen Vorstand für den Bereich Gesellschaftspolitik zuständig. Renate Hendricks (Bonn) bearbeitet die bildungspolitischen Themen. Hans-Willi Körfges aus Mönchengladbach hat den Bereich Staatspolitik übernommen. Rainer Schmeltzer (Lünen) war bereits in der vergangenen Legislaturperiode Stellvertreter der damaligen Fraktionsvorsitzenden Hannelore Kraft. Er ist für Infrastrukturpolitik zuständig. Fraktionschef Norbert Römer ist im Vorstand zuständig für die Bereiche Industrie- und Energiepolitik sowie Landesplanung. Britta Altenkamp, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, betreut den Haupt- und Medienausschuss. Beide waren bereits am 16. Juli 2010 gewählt worden.

... Heike Gebhard, Rainer Schmeltzer und Renate Hendricks



## Heißer Herbst gegen Laufzeitverlängerung – Grüne Abgeordnete demonstrieren mit!

Unter den mehr als 100.000 Menschen, die am 18. September in Berlin gegen den schmutzigen Atom-Deal der Bundesregierung demonstriert haben, waren auch viele Grüne Landtagsabgeordnete. Denn auch für NRW hat der faule Kompromiss zwischen der Bundesregierung und den Stromkonzernen schwerwiegende Konsequenzen: zum einen wegen der Atom-mülltransporte, zum anderen für die Standorte Ahaus, Gronau und Duisburg, wo Uran angereichert bzw. Atommüll verarbeitet und zwischengelagert wird.

Die Vereinbarungen sehen vor, die Laufzeiten der Atomanlagen deutlich auszuweiten, so dass auch uralte und marode Atomkraftwerke bis zu 50 Jahre Strom produzieren dürfen. Damit hat die schwarz-gelbe Bundesregierung die Zukunft der Energiegewinnung an die Atomlobby verkauft!

Allein in Deutschland fallen dadurch jährlich zusätzlich 400 Tonnen Atommüll an, obwohl niemand weiß, wo der radioaktive Abfall sicher endgelagert werden kann. Allein die Zwischenlagerung und Suche nach passenden Standorten kosten Milliarden – Geld, das bei der Entwicklung zukunftsfähiger Technologien fehlt.

Andererseits ist der Deal für die Energiewirtschaft ein lohnendes und sicheres Geschäft, denn die Ausgaben für Sicherheitsmaßnahmen sind gedeckelt und die vereinbarte Brennelementesteuer soll voll abzugsfähig sein. RWE und Co. könnten dadurch weniger Gewerbesteuern an die Städte und Gemeinden zahlen. In der prekären Finanzsituation, in der sich viele Kommunen befinden, ist eine solche verantwortungslose Politik nicht hinnehmbar.

Zu alledem hält es die Grüne Fraktion für verfassungswidrig, diese Entscheidungen am Bundesrat vorbei treffen zu wollen. So wird sie sich mit aller Kraft, auch juristisch, dagegen zur Wehr setzen. ■



## Umweltzonen für Handwerker offen halten

Die FDP-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, die Einfahrt in Umweltzonen mit dem Handwerker-Parkausweis über den 31. Dezember 2010 hinaus zu verlängern. „83 Prozent der Handwerksbetriebe sind existenziell oder stark vom Befahren der Umweltzonen abhängig“, erklärt Kai Abruszat (Foto), umweltpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion. Vor allem kleine und mittlere Handwerksbetriebe seien weiterhin auf Nutzfahrzeuge angewiesen, die häufig über eine rote oder gar keine Plakette verfügen. „Realität ist, dass viele kleine und mittlere Betriebe aus Handwerk, Gewerbe und Handel noch nicht in der Lage sind, ihren Fuhrpark umzustellen“, sagte Abruszat im Landtag. Das liege auch daran, dass die Fahrzeuge häufig noch nicht abgeschrieben sind. Es wäre daher betriebswirtschaftlich unvernünftig, sie zwangsweise aus dem Verkehr zu ziehen. Deshalb hatte die schwarz-gelbe Vorgängerregierung mit dem Handwerker-Parkausweis als Einfahrerlaubnis einen unbürokratischen Weg im Sinne des Handwerks und der Verbraucher gefunden. Die derzeitige Regelung gilt bis zum Jahresende, wenn auch die ergebnisoffene Überprüfung der Umweltzonen ansteht.

Da der Umweltminister angekündigt hat, eine große „Umweltzone Ruhr“ mit einem kompletten Fahrverbot für solche Fahrzeuge werde noch einmal auf der Tagesordnung stehen, befürchtet der FDP-Umweltpolitiker, dass viele Handwerksbetriebe künftig Probleme bekommen, ihre Kunden zu erreichen. „Das ist existenzgefährdend für die Handwerksbetriebe und treibt die Kosten für die Verbraucher in die Höhe“, erklärt Kai Abruszat. „Darüber hinaus müssen wir feststellen, dass noch nicht genug Fahrzeug-Modelle mit der neuen Euro-6-Abgasnorm auf dem Markt sind.“ Der Liberale forderte die Landesregierung auf, Planungssicherheit für die Betriebe zu schaffen. „Die fehlende Planungssicherheit verhindert bereits jetzt Einstellungen und andere Investitionen.“ ■



## Verantwortliche Vorstandsmitglieder sollen für Verluste der WestLB haften!

Rüdiger Sagel, stellvertretender Vorsitzender sowie haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Landtag von NRW: „Der WestLB sind in den letzten Jahren enorme Verluste entstanden, die bisher noch nicht abschließend bezifferbar sind und die Steuerzahlenden noch weitere Milliarden kosten können. Denn Schrottpapiere von aktuell rund 77 Milliarden Euro sind lediglich ausgelagert worden. Die Einstellung der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen die Vorstandsmitglieder der WestLB darf deshalb nicht das Ende des Verfahrens bedeuten. Denn bisher müssen u. a. der ehemalige Bank-Chef Thomas Fischer und das amtierende Vorstandsmitglied Werner Taiber jeweils nur 150.000 Euro zahlen, Ex-Vorstandsmitglied Emmerich musste lediglich 35.000 Euro nach Einstellung des Verfahrens zahlen.“



Das ist ein Schlag ins Gesicht der ordentlichen Steuerzahler in NRW, die für die Milliardenverluste der WestLB aufkommen müssen. Es müssen nun alle Anstrengungen unternommen werden, die verantwortlichen Banker für ihre jahrelange Misswirtschaft, für die sie auch noch Millionen Bonuszahlungen und Abfindungen bekommen haben, in Regress zu nehmen.

Laut Medienberichten einigte man sich im Fall des Ex-Vorstandsvorsitzenden Thomas Fischer schließlich auf eine Abfindung von 3,9 Millionen Euro und auf das spätere Ruhegehalt. Besonders dreist: Die Anwälte sollen verlangt haben, dass sich die Bank für die in Zusammenhang mit Fischers Amtsende ‚entstandenen Unannehmlichkeiten‘ ausdrücklich entschuldigt.

Es ist unerträglich, dass sich die verantwortlichen Banker im Vorstand der WestLB mit einer derart geringen Geldauflage, die nicht einmal einem Monatsgehalt entspricht, aus dem Staub machen können.

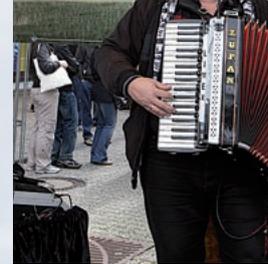
Die Fraktion DIE LINKE meint: Das Finanzministerium NRW muss eine Schadenersatzklage gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder und verantwortlichen Banker der WestLB einleiten!“ ■

Die Fraktion DIE LINKE meint: Das Finanzministerium NRW muss eine Schadenersatzklage gegen die ehemaligen Vorstandsmitglieder und verantwortlichen Banker der WestLB einleiten!“ ■



# Zum NRW-Tag: Siegen pulsierte

*Rund 400.000 Besucherinnen und Besucher feierten am 18. und 19. September 2010 den NRW-Tag in Siegen. Teil des vielfältigen Angebots und eines bunten Programms mit Information und Unterhaltung war auch der Landtag NRW. Viele Menschen nutzten die Gelegenheit, mit den Landtagsfraktionen von CDU, SPD, Grünen, FDP und Linken sowie der Landtagsverwaltung ins Gespräch zu kommen. Besonders gefragt waren Informationen über die neue Zusammensetzung der Volksvertretung nach der Landtagswahl sowie über die Arbeit des Petitionsausschusses. Eine Bühne, auf der Landespolitikerinnen und Landespolitiker aller Fraktionen Rede und Antwort standen, verzeichnete ebenfalls großen Zulauf.*



Fotos: Schälte



# Porträt: Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)



Bislang hat Hannelore Kraft noch nicht einmal die Zeit gefunden, ihr neues Büro in der zehnten Etage der Staatskanzlei nach ihren eigenen Vorstellungen auszustatten. Das riesige Büschel Anturien und die üppig wuchernde Graspflanze hat Vorgänger Jürgen Rüttgers hinterlassen. Von ihr stammen lediglich ein paar Bücher im Regal, ein Foto von Johannes Rau, das ihr dessen Witwe mit ein paar liebevollen Grüßen zugeschickt hat und ein Bild der Familie. Für die künstlerische Ausgestaltung sollen jetzt Kinder und Jugendliche des Landes sorgen: das Gewinnerbild eines landesweiten Wettbewerbs findet seinen Platz im Arbeitszimmer der Ministerpräsidentin.

Seit dem 14. Juli ist die 49-jährige Bankkauffrau, Diplomökonomin und Unternehmensberaterin Ministerpräsidentin im größten Bundesland – die erste Frau an der Spitze der Landesregierung – und in dieser Zeit musste sie schon ein Wechselbad der Gefühle erleben. Am ersten Wochenende im Amt das grandiose Festival auf der A 40, wo Millionen von Menschen zwischen Duisburg und Dortmund fröhlich und friedlich feierten, am zweiten Wochenende das tragische Unglück auf der Loveparade in Duisburg mit 21 Todesopfern. Mit ihrer einfühlsamen und bewegenden Rede auf der Trauerfeier für die Opfer in der Salvatorkirche hat die Mutter, deren 17-jähriger Sohn selbst zu den Besuchern der Loveparade gehört hatte, vielen Menschen aus dem Herzen gesprochen.

Kraft hat in ihrem neuen Amt die Bodenhaftung nicht verloren. Wie schon seit Jahren hat sie den Sommerurlaub mit Mann und Sohn in der Sportschule im sauerländischen Sundern verbracht; wenn es die Zeit zulässt, geht sie am

Wochenende noch selber einkaufen. Die ohnehin schon knappe Freizeit wird durch das neue Amt natürlich weiter eingeschränkt. Auch als Oppositionsführerin und SPD-Landesvorsitzende war sie nahezu jedes Wochenende unterwegs. Aber selbst die „Tatkraft“-Tage, an denen sie im Wahlkampf einmal monatlich in einem Betrieb oder einer sozialen Einrichtung mitgearbeitet hat, will sie als Ministerpräsidentin fortführen. Und wenn es ihr Terminkalender zulässt, sieht man sie weiterhin mittags in der Kantine des Landtags – zwischen Abgeordneten und Mitarbeitern, wie in den letzten Jahren auch.

## ZIELE

Kraft hat im Jahr des Wahlkampfes, des – wenn auch mehr gefühlten – rot-grünen Wahlsiegs und der Regierungsübernahme an Ansehen gewonnen, in den eigenen Reihen der SPD des Landes und des Bundes, auch bei ihrem Bündnispartner, den Grünen, und vielleicht sogar auch beim politischen Gegner. Vor allem die Art, in der sie die wochenlangen Sondierungen mit den Linken, mit der CDU und mit der FDP geführt und zu einem Ergebnis gebracht hat, mit dem kaum jemand rechnen konnte, hat ihr in eigenen Reihen einiges an Anerkennung eingetragen. Daran änderte auch nichts, dass sie vor der Entscheidung, mit den Grünen eine Minderheitsregierung zu bilden, zunächst zurückschreckte und vom kleineren Koalitionspartner sowie von ihren Genossen in Berlin sanft gedrängt werden musste. Ein Interview des NRW-FDP-Vorsitzenden Andreas Pinkwart, in dem er die Koalition mit der CDU mit dem Wahltag für faktisch beendet erklärte, lieferte dann aus ihrer Sicht den willkommenen Anlass, das Wagnis einer Regierung ohne Mehrheit einzugehen.

Gut zweieinhalb Monate nach ihrer Wahl ist Kraft unverdrossen zuversichtlich, dass die Minderheitsregierung, die sie leitet, stabiler und langlebiger ist, als viele ihr jetzt zutrauen. Dabei setzt sie auf eine neue Kultur im Parlament, die Debatten und Auseinandersetzungen sollen nicht wie gewohnt als ritualisierter Streit zwischen Koalition und Opposition ablaufen. Gemeinsam, so ihre Vorstellung, sollen alle Fraktionen nach den besten Lösungen für NRW suchen. „Koalition der Einladung“ nennt sie das und hofft, dass es vielleicht mal ein Modell werden könnte. Dass die ersten Reaktionen aus den Reihen von CDU und FDP eher kritisch und skeptisch bis strikt ablehnend ausfallen, darf sie allerdings nicht wundern. Schließlich haben Rote und Grüne in ihren ersten Gesetzentwürfen ihre Wahlversprechen eingelöst und

unter anderem die Abschaffung von Studiengebühren und Kopfnoten beschlossen – Reformen, die die alte schwarz-gelbe Koalition unter erheblichem Kraftaufwand durchgesetzt hatte und deren Abschaffung sie jetzt verständlicherweise nicht jubelnd begleitet. Aber Kraft registriert auch andere Signale. So haben alle Fraktionen die Einladung ihrer grünen Stellvertreterin und Schulministerin Sylvia Löhrmann angenommen, auf einem „Bildungsgipfel“ darüber zu debattieren, ob es Chancen für eine von allen Parteien akzeptierte neue Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen gibt.

Kraft sitzt am Anfang einer Legislaturperiode, von der niemand weiß, wie lange sie dauern wird, parteiintern fester im Sattel denn je. In der SPD ist kein Wort der Kritik über sie zu hören. Dabei spielt natürlich auch eine Rolle, dass sie im Mai geschafft hat, was noch ein halbes Jahr zuvor als so gut wie ausgeschlossen galt: Sie hat ihre Partei nach nur fünf Jahren in der Opposition wieder in die Regierung gebracht. Auch auf Bundesebene hat Krafts Wort an Gewicht gewonnen, als Ministerpräsidentin des größten Bundeslands und eine von vier Stellvertretern des SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel findet sie zunehmend Gehör über die Grenzen Nordrhein-Westfalens hinaus.

*Peter Jansen*

**Herausgeber:** Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Eckhard Uhlenberg  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur),  
Sonja Wand (sow, Redakteurin),  
Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)  
Redaktionelle Mitarbeit:  
Sebastian Wuwer (sw), Daniela Braun (bra, Trainee)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2304 (sow), 884-2309 (bs),  
Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Armin Laschet MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Britta Altenkamp MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Sigrid Beer MdL (Grüne), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Michalowsky (Linke), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Ralf Kapschack (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (Grüne), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Uwe Steinkrüger (Linke), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**  
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de,  
www.landtag.nrw.de

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Geburtstage

Vom 29. September bis zum 14. Oktober 2010

|                                       |    |
|---------------------------------------|----|
| 29.09. Schulze, Svenja (SPD)          | 42 |
| 1.10. Markert, Hans Christian (Grüne) | 42 |
| 9.10. Gatter, Stephan (SPD)           | 55 |
| 9.10. Schneckenburger, Daniela        | 50 |
| 11.10. Dr. Bovermann, Rainer (SPD)    | 53 |
| 12.10. Dr. Behrens, Fritz (SPD)       | 62 |
| 12.10. Meesters, Norbert (SPD)        | 53 |

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

|                              |    |
|------------------------------|----|
| 4.10. Pohle, Werner (SPD)    | 85 |
| 12.10. Einert, Günther (SPD) | 80 |
| 12.10. Langen, Günter (CDU)  | 75 |

## Verstorben

30.7. Günter Volmer (CDU), MdL 1966-1969  
28.8. Dr. Wilhelm Heimes (CDU),  
MdL 1970-1990

## Termine

2./3. Oktober 2010 Teilnahme des Landtags NRW am Bürgerfest zum Tag der Deutschen Einheit in Bremen

7.-9. Oktober 2010 3. Jugend-Landtag

Besuchersonntage: 3. und 10. Oktober 2010

Nächste Ausgabe von Landtag Intern: voraussichtlich 14. Oktober 2010

## Einblicke ins Parlament

Wie funktioniert die parlamentarische Arbeit? Wie entsteht ein Gesetz? Und welche Kontrollmöglichkeiten hat das Parlament gegenüber der Landesregierung? Antworten auf diese und viele weitere Fragen zur parlamentarischen Praxis gibt die neu aufgelegte und aktualisierte Broschüre des Landtags „Das Haus der Bürgerinnen und Bürger“. Außerdem vermittelt die Publikation dank zahlreicher Fotos Einblicke in das auch architektonisch interessante Haus des Landtags am Düsseldorfer Rheinufer. Ebenfalls enthalten ist ein Überblick über alle 181 Landtagsabgeordneten. Die Broschüre können Sie kostenlos direkt beim Landtag NRW bestellen (email@landtag.nrw.de, Telefon 0211/884-2851). Sie ist auch über das Internet als PDF-Version abrufbar (www.landtag.nrw.de – Link am rechten Seitenrand).

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden vor der Plenarsitzung ein: am 30. September 2010 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E3 Z03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

## Gut fürs Klima

Hell sollen sie sein, aber auch sparsam: Nicht zuletzt seit der Glühlampenverordnung der EU ist die Beleuchtung, sind Lampen in aller Munde. Daher hat der Landtag bei der ohnehin anstehenden Erneuerung der Beleuchtungsanlage in der Sommerpause die bisherigen Lampen gegen eine moderne LED-Lichttechnik ausgetauscht. Diese verbrauchen im Vergleich zur bisherigen Beleuchtung nur ein Zehntel der Energie, insbesondere dadurch, dass sie deutlich weniger Wärme produzieren. Vielleicht auch mit Blick auf das parlamentarische Pro und Kontra formulierte einst Wilhelm Busch: „Auch der allergewöhnlichste Gegenstand, // in Licht und Gegenlicht, // Ist wert der Betrachtung.“

Foto: Schälte

